

## WAS DIESES HEFT BRINGT

Seite

*Kurt Hamer*

Deutsch-dänisches Grenzland, Modell oder Sonderfall ..... 61

*Artur Thomsen*Ein Jahrhundert an der deutsch-dänischen Grenze  
Freundschaft – Nachbarschaft – Partnerschaft ..... 72*Wilhelm C. Hambach*

Das Schleswigsche als geistige Lebensform ..... 79

*Johann Runge*

Das parteiliche Geschichtsbild eines dänischen Schleswigers ..... 86

*Horst Schwarze*

Atelier Kleinsolt ..... 60

Umschau ab Seite 63

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben. Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.

Der Bezugspreis entspricht dem Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

*Redaktion: Ernst Beier, Waldstraße 40, 2390 Flensburg*

Geschäftsstelle: Südergraben 53, 2390 Flensburg

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg

## GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

### IN EINEM WERDENDEN EUROPA!

*Im Jahre 1978 klingt das, was in den Grenzräumen Europas gedacht und gesprochen wird, anders als noch vor einigen Jahren oder gar Jahrzehnten. In diesem Jahre sollten die Wahlen für ein europäisches Parlament stattfinden; sie sind auf das Jahr 1979 verschoben worden, weil es Termenschwierigkeiten gab. Aber die Wahlen werden stattfinden. Wir werden in einem Jahr eine Volksvertretung haben, die die Bevölkerung von neun europäischen Staaten vertritt. Neben der Gemeindevertretung und dem Kreistag, dem Landtag und dem Bundestag werden wir ein Europaparlament haben, in dem die Deutschen wie die Engländer und Franzosen und Iren, die Holländer, Belgier und Luxemburger, die Italiener und die Dänen vertreten sein werden.*

*Diese Entwicklung zu dem ganz großen Zusammenschluß verläuft — im Unterschied zu der ersten Phase der Europabegeisterung um 1960 — parallel zu einer gleichzeitigen Besinnung auf erhaltenswerte Unterschiede zwischen den Völkern. In diesem werdenden Europa scheint Platz zu sein für alle die Sprachen, Kulturgüter, das Brauchtum und die Eigentümlichkeiten der Völker, die sich in ihm zusammenschließen.*

*In dieser Hinsicht sollten sich zukünftige „Vereinigte Staaten von Europa“ unterscheiden von den USA, wo die daran beteiligten europäischen Völker einem riesigen Einschmelzungsprozeß weitgehend erlegen sind. Das, was den Auswanderern, die ihre Heimat oft aus Not, Enttäuschung und Verzweiflung verließen, in Amerika geschehen ist, kann den Völkern Europas in ihren angestammten Ländern nicht nur nicht zugemutet werden, es kann ihnen auch nicht geschehen.*

*Deswegen läuft die Besinnung auf die Unterschiede und die Besonderheiten der Völker der europäischen Einigung nicht entgegen, sondern mit ihr parallel. Eines ist ohne das andere gar nicht zu haben. Das berührt uns an den Grenzen zwischen*

*den Völkern Europas — auch im deutsch-dänischen Grenzgebiet — ganz elementar. Denn es bedeutet, daß man hier Deutschum und Dänentum frei bekennen kann, ohne sich gegeneinander zu stellen. Und das wollen wir doch in unserem Land.*

*Das meinen die deutschen Nordschleswiger, wenn sie sich als Deutsche, die sich ihrem Volk zugehörig fühlen, gleichzeitig loyal als Bürger des dänischen Staates erklären. Und so muß man doch auch die dänische Bevölkerungsgruppe im Landesteil Schleswig verstehen: daß sie den Wunsch hat, auf deutschem Staatsgebiet unangefochten dänisch sein zu dürfen. Das müssen wir, wenn wir die Kieler und die Bonner Erklärungen ernstnehmen, respektieren. Nur so erfüllen wir in unserem kleinen Land und an unserer Grenze den europäischen Auftrag, dem wir uns nicht entziehen wollen.*

*Auch den Grenzfriedensbund muß und wird im Sinne seines selbstgestellten Auftrages an dieser Entwicklung nicht nur teilhaben, sondern sie mit beeinflussen.*

ARTUR THOMSEN in seinem Jahresbericht  
zur Mitgliederversammlung 1978 des Grenzfriedensbundes

## Deutsch-dänisches Grenzland, Modell oder Sonderfall

Mein Thema lautet: Deutsch-dänisches Grenzland — Modell oder Sonderfall. Ich habe dieser Formulierung zugestimmt; ich darf mich nicht beklagen. Aber als ich mich der Bearbeitung des Themas zuwandte, ging mir zweierlei auf: Erstens weiß ich viel zu wenig über die Problematik anderer Grenzräume, als daß ich in der Lage wäre, einen wertenden Vergleich vorzunehmen. Zweitens gibt es, bezogen auf die Lage der Minderheiten in unserem Grenzland — und darauf zielt die Frage meines Themas in erster Linie — bereits so viele Urteile von Sachkennern mit dem eindeutigen Tenor, dies sei im europäischen Maßstab ein „Modell“, daß ich eigentlich nicht umhin kann, mich dieser Bewertung anzuschließen. Wenn außerdem viele, die sich mit Minderheitenfragen beschäftigt haben, zu dem Ergebnis gelangt sind, dieses bei uns praktizierte Modell sei wegen seiner historischen Bedingtheit und seiner politischen Umwelt nicht oder nicht ohne weiteres übertragbar, dann ist die mir gestellte Frage eigentlich schon beantwortet: *Dies ist ein Sonderfall mit Modellcharakter.*

Dennoch: Dieses Ergebnis vorweggenommen, gestatten Sie mir bitte einige Überlegungen, die weniger etwas behaupten wollen als vielmehr Fragen stellen, Überlegungen, die mein Thema nicht streng abhandeln, die aber — so denke ich — ihm gerecht werden.

Zweifellos gibt es eine Renaissance der Minderheiten.

Ein erstes Beispiel: Die konservativ-betulichen „Westermann Monatshefte“ begannen im Februar eine neue Serie unter dem bezeichnenden Titel „Stiefkinder der Nation: Europas Minderheiten“ mit einem Aufsatz von Thomas Lechner über Okzitanien. Das ist ein neu erweckter Name für jenes hochkultivierte, einst unter der Oberherrschaft der Grafen von Toulouse stehende mittelalterliche Romanien im Süden Frankreichs, dessen Provinzen und Grafschaften während der blutigen Kreuzzüge gegen die Albigenser zu Anfang des 13. Jahrhunderts dem französischen König unterworfen wurden. Heute gibt es Bestrebungen, dieses Land Okzitanien wiederherzustellen und seine Sprache wiederzubeleben.

Nun das zweite Beispiel: Es ist sicher kein Zufall, daß der gemeinhin als links geltende Verlag Klaus Wagenbach in der Reihe „Tintenfisch“ ein Quartheft dem Thema „Regionalismus“ widmete. Geschrieben wird u. a. über Katalanien, das Jura-Problem, die schwedischen Lappen, die Sarden, die nationalen Minderheiten in China, das Elsaß und ebenfalls über Okzitanien. Regionalismus — ein Modethema, gewiß, aber nicht nur; ein Thema aber auch, zu dessen Erörterung

die Schlagworte gleich mitgeliefert werden. So stehen in den Abhandlungen „Separatismus“ gegen „Internationalismus“, „Dezentralismus“ gegen einen „internen Kolonialismus“, und der „neue Regionalismus“ wird als „neue antiautoritäre Bewegung“ gefeiert.

Ich habe mich dazu nicht zu äußern. Fragezeichen sind jedoch angebracht, wenn die Ursachen der Minderheitenprobleme letztlich auf Ausbeutung, Unterdrückung, interne Kolonisierung der Provinzen im Gefolge eines kapitalistisch motivierten Zentralismus der Metropolen reduziert und wenn die Kämpfe der Minoritäten allein gedeutet werden als der antikapitalistische Aufstand ökonomisch verelendeter Randgebiete, in denen mit der Verödung auch die geschichtliche und kulturelle Identität verlorengegangen ist oder zu gehen droht. Dennoch halte ich für nachdenkenswert, was als Zitat von Herbert Lüthy aus dem Jahre 1969 in diesem Band abgedruckt ist: „Warum soll die Entkolonialisierung für die Aschanti und Fanti, die Basuto und Bubi gelten und nicht für die Aquitanier, die Basken, die Friesen, die Jurasier, die Bretonen, Flamen, Wallonen, Waliser und Lappen? Sie alle wurden einmal annektiert, unterworfen, kolonisiert, in den Schmelztiegel der Einheitsstaaten geworfen und oft bis zum Verlust der alten Muttersprache und des Nationalbewußtseins eingeschmolzen.“

Und wenn Lothar Baier in seinem Aufsatz über „Mein Okzitanien“ ironisch anmerkt: „Es ist nicht mehr so einfach, im Angesicht der Minoritätenkämpfe in Korsika, in der Bretagne und in Okzitanien einen finsternen, reaktionären Nationalismus einem hübschen, fortschrittlichen trans nationalen Europa gegenüberzustellen“, dann ist die ganz ernsthafte und berechtigte Frage gestellt, wie denn dieses auf den Markt hin orientierte, technokratisch gesteuerte Europa der Staaten auch ein Europa der historischen, geistigen und kulturellen Vielfalt seiner Völker werden kann.

Das eigentliche Neue und Zukunftsträchtige in der „linken“ Betrachtungsweise scheint mir jedoch folgendes zu sein: die Orientierung weg von zentralistischen Tendenzen und hin zu föderativen Strukturen; das Streben der Minderheiten, von einem reaktionären nationalistischen Selbstverständnis und Mißbrauch fortzukommen und die Rechtfertigung ihrer Existenz im wesentlichen in dem freiheitlichen Anspruch auf Selbstbehauptung, Selbstbestimmung und Wahrung volklicher Identität zu sehen. Minderheiten also nicht als Hebel für die Durchsetzung fragwürdiger politischer Ziele, Minderheitenpolitik nicht als Mittel zu einem Zweck, der nicht der der Minderheiten ist, sondern Politik der Minoritäten und Politik für sie als Selbstzweck.

Genau dies meint Thomas Lechner, wenn er über das Elsaß schreibt: „Intellektuelle, Sänger ... und Dichter ... suchten einen Ausweg aus dem elsässischen Dilemma: Sich für die alemannische Sprache einzusetzen, deutsche Kultur und Tradition zu betonen, galt als faschistisch. Französisch zu sprechen hingegen galt als chic, französisch zu denken, hieß Kultur haben, sich zu

Frankreich bekennen, bedeutete, Freiheit und Demokratie wählen. Die Regionalisten des Elsaß tun heute weder dies noch das, sie wollen weder Deutsche noch Franzosen sein, sondern Elsässer.“ Minderheit zu sein als Selbstzweck, als etwas, das sich von anderen unterscheidet, das hat Robert Jungk in dem Wagenbachschen Quartheft auf die anschauliche Formel gebracht: „Die immer deutlich werdende Tendenz zur Regionalisierung und Dezentralisierung will ‚Äpfel‘ wieder ‚Äpfel‘ sein lassen, ‚Birnen‘ wieder ‚Birnen‘. Nur wer das einzelne in seiner Besonderheit und Verschiedenheit erfassen kann, weil er ihm nahe genug ist, wird ihm gerecht.“ Ein schönes, ein kluges Wort, ein sehr menschliches dazu. Ich gestehe gern, daß mir diese Sätze außerordentlich sympatisch sind. Vor allem auch deshalb, weil sie mir jetzt die Möglichkeit geben, aus europäischen Gefilden den Weg zu unserem Grenzraum zu finden.

\*

Spätestens seit den Bonner und Kopenhagener Erklärungen von 1955 können bei uns und im Nachbarland Dänemark — wenn der Vergleich gestattet ist — „Äpfel“ „Äpfel“ sein und „Birnen“ „Birnen“. Insoweit — darüber braucht hier nicht diskutiert zu werden — wird im deutsch-dänischen Grenzraum unter besonderen Bedingungen Modellhaftes, Exemplarisches praktiziert. Dennoch setze ich hier das erste große Fragezeichen. Wir alle wissen, daß es so leicht eben doch nicht ist, Minderheit zu sein, also das zu sein, was man sein will. Ich befürchte manchmal, daß wir, die Bevölkerungsmehrheit, uns an die Beispielhaftigkeit der grenzpolitischen Entwicklung schon so gewöhnt haben, daß das als selbstverständlich Hingenommene bereits unserer Gleichgültigkeit anheimzufallen droht. Aber Selbstverständliches — wir wissen es aus der Ehe — bedarf der ständigen Zuwendung und Pflege. Ich will auf wenige Symptome aufmerksam machen, die auf Gleichgültigkeit hindeuten.

Im Schleswig-Holsteinischen Landtag sind Minderheitenfragen ein wiederkehrendes Thema — bei Haushaltsberatungen z. B. oder bei Regierungserklärungen. Wenn es andere nicht tun, der SSW als Partei der dänischen Minderheit sorgt schon dafür. Aber wer einmal die Beiträge zu diesem spezifisch schleswig-holsteinischen Problem nachliest, wird zu dem Ergebnis gelangen: Über Feststellungen, Erklärungen, Bekundungen und Bekenntnisse ist das Landesparlament in den letzten Jahren kaum hinausgekommen. Und diese sind vielfach erstarrt zu Stereotypen, zu Formeln, zu Klischees. Selten, ganz selten nur der Ansatz zu tiefergehender Analyse und Reflexion!

So nimmt es nicht wunder, daß die Minderheiten für die Parteien kein Thema sind. In den SPD-Programmen zu den Landtagswahlen 1971 und 1975 findet sich kein Wort über sie. 1975 formulierte man unter dem Stichwort „Friedenspolitik“ mit dem Blick nach Norden lediglich den frommen Satz: „Wir wollen in guter Nachbarschaft die Vorteile von Dänemarks Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft nutzen.“

Im hundert Punkte umfassenden Schleswig-Holstein-Programm der CDU zur Landtagswahl 1971 begegnen wir zwar Pommern, Mecklenburgern, Ost- und Mitteldeutschen, nicht aber den Minderheiten. Anders, aber nicht grundlegend anders, sieht es im entsprechenden, ebenfalls hundert Punkte umfassenden Schleswig-Holstein-Programm '75 unter dem Stichwort „Allgemeine Kulturpflege“ aus. Zwischen dem Hinweis, daß es „auch in Zukunft ... Aufgabe staatlicher Politik sein (muß), die Verbundenheit der Menschen zu unserer Heimat zu pflegen, das ost- und mitteldeutsche Kulturgut und die bestehenden Patenschaften zu Pommern und Mecklenburg zu wahren und die kulturellen Beziehungen zu anderen Völkern zu fördern“, und der Feststellung, „Theater, Konzerte, Museen, Bibliotheken und andere kulturelle Einrichtungen sind für alle da“, findet sich der Satz: „Große Bedeutung hat für unser Land die harmonische Zusammenarbeit mit der deutschen Volksgruppe in Dänemark und der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig.“ Ich trete hoffentlich niemandem zu nahe, wenn ich feststelle, daß Placierung und Formulierung diesen Satz als politische Pflichtübung mit Allgemeinplatzcharakter ausweisen.

Der Vollständigkeit halber erwähne ich, daß auch die F.D.P. in ihren Programmen zur Landtagswahl 1971 und 1975 die Minderheiten nicht erwähnt.

\*

Daß die Minderheiten in programmatischen Aussagen der schleswig-holsteinischen Parteien nicht relevant sind, ist ein ernstzunehmender Tatbestand. Es genügt wahrscheinlich nicht, daß die Minderheiten für sich selbst ihre Aufgabe und Rolle im gesellschaftlichen und politischen Gefüge des Staates definieren. Sie haben über das Interesse hinaus, das sie offensichtlich nicht nur auf lokaler Ebene als Faktor, der Stimmen zu vergeben hat, bei den Parteien erregen, auch die Aufgabe, sich selbst stärker in das Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit zu bringen.

Ich will nicht vom Thema abschweifen, aber doch gern einen Gedanken dazu vortragen. Die Frage ist z. B., ob Minderheiten, Grenzminoritäten zumal, tatsächlich zum Abbau von Barrieren zwischen den Völkern beitragen. Verbinden sie wirklich? Ich sehe die völkerverbindende Funktion der Minderheiten nicht in dem Maße, wie sie ihnen zugesprochen wird oder wie sie sich die Minderheiten selbst zusprechen. Sind Minderheiten nicht doch immer auch ein Element der Trennung, weil in ihrer Minderheitenstellung natürlicherweise auch Zwang zur Isolierung liegt? Denn Gruppe zu sein, heißt, sich absondern, bedeutet, Unterschiede und Trennendes sichtbar machen. Das gilt verstärkt für Minoritäten. Keine Bemühungen um Integration in den Herbergsstaat, die ich für notwendig halte, kann diese nötige Isolation beseitigen. Aber das ist ein anderes Thema. Sagen wollte ich, daß es wohl nicht so sehr die Minderheiten sind, die die Grenze „überwinden“. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreiben andere:

Deutsche und Dänen, die südlich und nördlich der Grenze gleiche Aufgaben wahrzunehmen und den Zwang zu vielfältiger Koordination längst verspürt haben. Auch ohne die Minderheiten, selbst gegen sie, wäre zusammengearbeitet worden, weil die Regionen nördlich und südlich der Grenze auf Zusammenarbeit und eine abgestimmte Entwicklungsstrategie für diesen peripheren Raum angewiesen sind. Minderheiten sind dabei keine „Bindeglieder“, keine „Scharniere“, aber sie könnten mithelfen, und sie sollten es in ihrem eigenen Interesse tun, daß die Scharniere nicht knirschen.

\*

An dieser Stelle darf ich noch einmal auf die Regionalismus-Debatte zurückkommen. Richtig scheint mir die Feststellung zu sein, die unschwer aus Daten ablesbar ist, daß im allgemeinen die Grenzregionen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben sind. Nur kann ich nicht, schon gar nicht auf unseren Grenzraum bezogen, die These akzeptieren, die wirtschaftliche Verödung von Grenz- und Randregionen sei das gewollte oder in Kauf genommene Ergebnis einer zentralistisch-kapitalistisch bestimmten Politik der wirtschaftlichen und staatlichen Machtzentren gegen die Provinzen, möglicherweise gar gegen die Minderheiten.

Aber faktisch zehrt die Wirtschaftsschwäche einer Grenzregion an der Substanz einer Minderheit. Sie ist von einem Verlust durch Abwanderung stärker betroffen als die Mehrheit. Die Deutschen, die aus ökonomischen Gründen nicht in Nordschleswig bleiben, die in die großen Wirtschaftszentren abwandern, weil sie dort finden, was sie brauchen: Ausbildung und Beschäftigung — diese Deutschen gehen der Minderheit verloren. Und der SSW-Vertreter im Landtag nimmt nicht nur ein gesamt-schleswig-holsteinisches Mandat wahr, wenn er als zweiten Schwerpunkt seiner Parlamentstätigkeit die wirtschaftliche Stärkung des Landesteils Schleswig ansieht. Er weiß, daß er damit auch zur Sicherung der Existenz der dänischen Minderheit beiträgt. Jeder dänisch gesinnte Werftarbeiter in Flensburg, der seinen Arbeitsplatz behält, bleibt an diesem Ort auch eine Stütze seiner Volksgruppe. Deshalb ist Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur in Grenzräumen zugleich ein Stück Fürsorge für Minderheiten. Ich bezweifle, daß wir im deutsch-dänischen Grenzraum in dieser Beziehung bereits „Modell“ geworden sind.

Lassen Sie mich ein weiteres Fragezeichen setzen. Ich erwähnte die Tätigkeit des SSW-Abgeordneten im Landtag. Ohne Frage sind die Möglichkeiten für die dänische Minderheit, ihre politischen Interessen zu vertreten, in vollem Umfang gegeben. Daß dem einen SSW-Vertreter im Landesparlament der Fraktionsstatus mit allen geschäftsordnungsmäßigen Rechten und finanziellen Vergünstigungen zuerkannt wird, ist mehr als eine politische Geste. Dennoch ist die Frage, ob die dänische Minderheit bei uns in voller Gleichberechtigung und ohne Behinderung

nach ihren Vorstellungen tätig sein kann — und dieselbe Frage ist zu richten mit Blick auf die deutsche Minderheit in Nordschleswig. Ich will die Frage mit wenigen Beispielen begründen.

In der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein heißt es unter § 6 unter der Überschrift „Einwohner und Bürger“: „(1) Einwohner ist, wer in der Gemeinde wohnt. (2) Bürger der Gemeinde sind die zur Gemeindevertretung wahlberechtigten Einwohner ...“. Es wird also unterschieden zwischen Einwohnern, die in der Gemeinde wohnen, und Einwohnern, die darüber hinaus als Bürger zur Gemeindevertretung wahlberechtigt sind.

Um es zu veranschaulichen: Ein türkischer Gastarbeiter mit türkischer Staatsangehörigkeit ist Einwohner, aber nicht Bürger. Ein dänischer Staatsbürger, der in Husum wohnt, ist ein Einwohner, kein Bürger dieser Stadt. Beide sind zum Beispiel nicht wahlberechtigt. Ich will auf die Rechtsproblematik dieser Unterscheidung nicht eingehen. Bei der Beratung der Novelle zur Gemeindeordnung stellte jedoch der SSW-Abgeordnete Karl Otto Meyer den Antrag, diese Unterscheidung aufzugeben und nur festzulegen: „Bürger ist, wer in der Gemeinde wohnt“. Er sagte dazu in der Debatte: „Welcher Ausländer, der sich — wie die Praxis zeigt — sehr oft erheblich stärker in der Gemeinde engagiert als viele andere, hat Verständnis dafür, nicht Bürger in seiner Gemeinde zu sein, in der er — wie gerade das Grenzland zeigt — ein Leben lang wohnt und arbeitet! Hier findet sich eine Diskriminierung, die wir abbauen sollten.“

Als von der CDU eingewendet wurde, es gehe nicht an, „daß jemand, der nicht Staatsbürger im Sinne des Grundgesetzes ist, zuvor durch ein kommunales Verfassungsrecht Bürger wird“, entgegnete Meyer: „Sie sagten, man müsse doch erst einmal Staatsbürger sein, bevor man die Bürgerrechte wahrnehmen könne. Ich habe hier besonders auf das Problem im Grenzland hingewiesen. Die Menschen, für die ich hier in erster Linie spreche, haben immer in diesem Landesteil gewohnt und waren immer Bürger dieses Landesteils. Nur kam da 1864 so ein dummer Krieg, und dann war die Situation auf einmal anders. Nun kann man doch nicht einfach sagen: Ihr müßt die Staatsbürgerschaft annehmen; sonst seid ihr nicht Bürger in diesem Land! Das geht doch nicht, nachdem diese Menschen und ihre Vorfahren in diesem Land geboren sind und gelebt haben. Dagegen wehre ich mich.“

Meyers Antrag wurde mit den Stimmen der CDU abgelehnt. Ich behaupte nicht, hier habe Recht gegen Gefühl gestanden. Aber sicher ist: Juristische Argumente, die zu werten ich als Nichtjurist mich hüten werde, wurden gegen das menschlich verständliche Bestreben ins Feld geführt, eine als Diskriminierung empfundene Unterscheidung zwischen Einwohnern ein und desselben Ortes, zwischen Nachbarn also, aufzuheben. Ich weiß natürlich, daß die wenigsten Angehörigen der dänischen Minderheit von dieser Frage betroffen sind, weil die meisten von

ihnen nicht dänische, sondern deutsche Staatsbürger sind. Aber wichtig ist nicht nur, was wir für alle tun, sondern auch, wie wir dem einzelnen gerecht werden, der ja beileibe kein Einzelfall ist. Und selbstverständlich geht es nicht nur um dänische Staatsangehörige. Die Rede ist auch von den Minderheiten der Gastarbeiter, die wir zu Randgruppen gestempelt haben und für die nicht einmal ansatzweise beispielhafte Lösungen in Sicht sind. Der Zufall wollte es, daß in derselben Tagung des Landtags im Juli 1977 in zweiter Lesung über einen Gesetzentwurf der Sozialdemokraten beraten wurde, der das Ziel hatte, Ausländer, die zum dauernden Aufenthalt in der Bundesrepublik berechtigt sind und seit fünf Jahren hier leben, zu den Wahlen für die Gemeindevertretungen und Kreistage zuzulassen. An diesem Tagesordnungspunkt entzündete sich noch einmal die Debatte über die Rechte der Angehörigen der Minderheit, die dänische Staatsbürger sind.

Weswegen erwähne ich diese Landtagsdebatten? Wir werden nicht müde, uns selbst und uns gegenseitig die positiven Wirkungen der Kieler Erklärung und der Minderheitenerklärungen von Bonn und Kopenhagen zu bestätigen, und alle Welt ist sich einig, daß im deutsch-dänischen Grenzraum die Minderheitenfrage europäisch beispielhaft gelöst ist.

Ich will dieses Bild einer heilen grenzpolitischen Welt nicht grundsätzlich in Frage stellen. Aber wir sollten doch etwas genauer hinsehen und hinhören, und wir sollten bereit sein, weiterzuentwickeln, wo es nötig und möglich ist.

Lassen Sie uns deshalb dieses Bild — wie eben schon bei den Fragen nach der „Bürgerschaft“ und dem kommunalen Wahlrecht eines bei uns wohnenden dänischen Staatsbürgers — an einem weiteren konkreten Fall untersuchen.

Der unvergessene Berthold Bahnsen, viele Jahre Vertreter der dänischen Minderheit im Landtag, wies 1971 anläßlich der Debatte über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Stoltenberg in einer seiner letzten Reden darauf hin, daß die Situation im Grenzland nicht „fertig genug“ sei, um sich auf Lorbeeren ausruhen zu dürfen. Es komme darauf an, in einer Reihe von praktischen Fragen „konkrete Lösungen“ zu finden, „die den Rahmen dessen, was wir als Beispiel herausstellen, immer plastischer ausfüllen können.“

Schärfer, akzentuierter formulierte Bahnsens Nachfolger K. O. Meyer in seiner ersten Haushaltsrede 1972. Er beklagte zum Beispiel, daß einige Kreise, Städte und Gemeinden die dänischen Kindergärten schlechter stellten als die übrigen und daß gelegentlich Zuschüsse zu kulturellen Einrichtungen der dänischen Minderheit nur gewährt würden, wenn diese nicht nur für Mitglieder der Minderheit offenstünden. Meyer sprach von einer schlechten Auslegung der Bonner Erklärung, von einer Einengung der kulturellen Eigenständigkeit und einer Beschneidung verfassungsmäßig garantierter Rechte. Zusammenfassend sagte er: „Ich halte diese Fälle für außerordentlich bedeutsam für die Beurteilung der

Situation im Grenzland. Wir berühren hier nämlich grundsätzliche Fragen des Rechts unseres Volksteils. Sie werden deshalb verstehen, daß ich auch vor diesem Hohen Hause einmal Gelegenheit nehme, solche Unmöglichkeiten herauszustellen.“

Bei den Haushaltsberatungen für 1977 und 1978 hat sich Meyer erneut über schwerwiegende Benachteiligungen beklagt. Er hat zwar immer wieder betont, daß er, was die öffentliche Förderung der Einrichtungen der dänischen Minderheit anbelangt, keine Gleichstellung mit der deutschen Minderheit in Nordschleswig verlange, aber — so Meyer wörtlich —: „Wir verlangen die Gleichstellung mit dem deutschen Bevölkerungsteil in unserem Lande.“

Gleichstellung und Gleichberechtigung sieht er zur Zeit als nicht gegeben an. Ich plädiere nicht, ich zitiere nur. Aber ich bitte alle, unbefangen genug zu sein, um herauszuhören, daß es hier um mehr als nur um Geld geht. Hier ist von der Verletzung garantierter Rechte die Rede. Und selbst wenn der Einzelfall aus deutscher Sicht anders darzustellen wäre — ich kann das nicht für jede Beschwerde prüfen —, es ist die deutsche Bevölkerungsmehrheit oder sind Teile von ihr, es sind örtliche deutsche Mehrheiten, gegen die der Vorwurf erhoben wird, den Belangen der dänischen Minderheit nicht gerecht zu werden, ihr die volle Gleichberechtigung zu verwehren.

Ich sehe meine Aufgabe nicht darin, aufzurechnen. Aber die Notwendigkeit, die Bevölkerungsmehrheit, vor allem aber die jeweilige politisch entscheidende Mehrheit zu fragen, wie sie den Ansprüchen ihrer Minderheit gerecht wird, ergibt sich für Nordschleswig und Dänemark ebenso. Es wäre ein leichtes, das an Beispielen festzumachen. Wenn ich dennoch darauf verzichte, an dieser Stelle ebenso deutlich den Mangel an Gleichberechtigung der deutschen Minderheit im Vergleich zur dänischen Bevölkerungsmehrheit aufzuzeigen und über die Fälle zu reden, bei denen Entscheidungen kommunaler Vertretungen in Nordschleswig nicht dem Geist der Kopenhagener Erklärung entsprechen, dann deshalb, weil ich es für richtig halte, zunächst die Mahnung an uns selbst zu richten und an unsere Verantwortung für die Minderheit in unserem Lande zu erinnern.

\*

Ich will damit nichts dramatisieren. Ich will nur nicht, daß wir uns damit beruhigen, es sei eigentlich alles in Ordnung, schlimmer noch: daß wir das Problem der „Minderheiten“ als abgehakt betrachten. Genau dies ist es nicht. Der Landtag und die neu gewählten kommunalen Vertretungen haben sich immer wieder in dieser Frage zu bewähren.

Aber die Fragen gehen auch an die Minderheiten selbst. Mancher von Ihnen wird sicher noch das Referat in Erinnerung haben, das Fritz René Allemann 1975 auf der 25. Jahresversammlung des Grenzfriedensbundes über „Die nationalen Minderheiten in Europa“ hielt. Auch für Allemann gehört die Entwicklung in

unserem Grenzland „zu den wenigen Musterbeispielen eines geglückten Ausgleichs“. Dennoch glaubt er, Hinweise zu haben, „daß das Verhältnis zwischen Staat und Minderheit, Minderheit und Staat auch hierzulande und zu beiden Seiten der Grenze immer noch Symptome der Verkrampfung erkennen läßt. „Und diese Verkrampfung“, so fuhr Allemann fort, „zeigt sich ... vornehmlich im Verhalten der jeweiligen Minderheit: weder hüben noch drüben ist sie zu einem wahrhaft entspannten, selbstverständlichen Verhältnis zu dem Staat gelangt, in dem sie lebt und den sie zwar rational ... bejaht, in dem sie aber emotionell ... noch nicht wahrhaft heimisch geworden ist“.

Dies ist kein Vorwurf an die Minderheiten; eine Frage und eine Mahnung ist diese Feststellung jedoch allemal. Wenn also unsere selbstkritische Frage immer wieder lauten muß: Wie halten wir es mit der Minderheit?, dann wird die Minderheit sich ebenso kritisch fragen müssen: Wie hältst Du es mit diesem Staat, in dem Du wohnst, der Dir Dein individuelles Recht auf Heimat sichert? Im Mai 1973 — debattiert wurde eine Regierungserklärung Dr. Stoltenbergs — sagte K. O. Meyer: „Was das Verhältnis Staat - Minderheit betrifft, so erkennen wir die fruchtbare Weiterentwicklung eines guten Verhältnisses an und erklären unsere Bereitschaft, aktiv an der Ausgestaltung zukünftiger Aufgaben mitzuwirken. Dabei wird es vor allem darauf ankommen, das immer noch stark ausgeprägte Empfinden bei vielen Bürgern in diesem Lande, beim dänischen oder nationalfriesischen Bevölkerungsteil handele es sich im Grunde genommen um Fremdkörper, abzubauen und diese Negativhaltung durch positive Anschauung zu ersetzen. Erst wenn das erreicht ist, kann von einer echten Befriedung im Grenzland gesprochen werden. Damit rede ich nicht der Assimilation oder der Integration das Wort. Ich bitte, meine Aussage als Streben nach echter Gleichberechtigung aufzufassen.“ Dies sind Sätze, die — selbst wenn sie ungerecht wären — getroffen machen. Was wir heraushören, ist dieses: einerseits den Vorwurf, hier nicht von allen akzeptiert zu werden, andererseits ein auf Distanz bedachtes, eher funktionelles Verständnis des eigenen Verhältnisses zu dem Staat, in dem man lebt: Gleichberechtigung zwar, auch Mitwirkung, aber keine Integration. Ich frage: Warum eigentlich keine Integration, wie der Bund deutscher Nord-schleswiger sie als sein Ziel erklärt hat? Und ich frage: Der Eindruck, als Fremdkörper empfunden zu werden, ist er nicht auch vom eigenen Empfinden genährt? Ist nicht auch viel Subjektivität, eben auch Verkrampfung mit im Spiel, die objektiv, d. h. durch die tatsächlichen Verhältnisse, nicht gestützt wird?

\*

Ich sprach an anderer Stelle von der in der Natur der Sache liegenden Isolierung der Minderheiten. Sie werden damit leben müssen. Aber sie sollten das ablegen,

was ich Berührungsgänge nennen möchte. Warum eigentlich gibt es so wenig Kontakte zwischen den Vertretern der deutschen und der dänischen Minderheit? Warum spricht zwar der dänische Amtsbürgermeister auf dem Deutschen Tag in Tingleff, nicht aber ein Vertreter der dänischen Minderheit? Warum ist man nicht Gast bei einander? Warum sind wir nicht oder nicht öfter Gast bei den Veranstaltungen der dänischen Minderheit? Und ich gestatte mir die despektierliche Bemerkung:

Wäre es nicht ein Zeichen gewesen, wenn anlässlich der Autobahneinweihung nicht nur die Königin von Dänemark, sondern sie gemeinsam mit dem Bundespräsidenten die dänische Minderheit besucht hätte, und wenn — gar nicht auszudenken — beide gemeinsam auch die deutsche Minderheit besucht hätten? Ende März 1978 beendete der Leiter des Jugendhofes auf dem Knivsberg, Ekkehart Krüger, seine Tätigkeit. Sie hatte nur gut ein Jahr gewährt. Warum nur eine so kurze Zeit? In erster Linie, weil ein von ihm angestrebter Schwerpunkt der Ausgestaltung des Jugendhofes zu einer Bildungsstätte nicht akzeptiert wurde. Nach seinen Vorstellungen sollte der Jugendhof Stätte der Begegnung und der Gemeinsamkeit von Deutschen und Dänen, Angehörigen der beiden Minderheiten und der Bevölkerungsmehrheiten sowie anderer Europäer werden. Nur zu diesem zentralen Bestandteil seines Konzepts gab es, wie Krüger im „Nordschleswiger“ schreibt, im deutschen Jugendverband für Nordschleswig, dem Träger des Jugendhofes, Diskussionen, deren Ergebnis er wie folgt darstellt:

„Die Öffnung der Angebote des Jugendhofes auch für die dänische Bevölkerungsmehrheit ist zur Zeit nicht durchsetzbar. Hier ist es schwierig, die Angst vor Überfremdung, die bei einer so kleinen Bevölkerungsgruppe wie der deutschen Minderheit verständlich ist, zu überwinden. Andererseits bestehen auch in der dänischen Bevölkerungsmehrheit eine Reihe von Vorurteilen gegenüber dem Knivsberg, die historisch erklärbar sind, heute aber keine Berechtigung mehr haben. Beide Gründe haben dazu geführt, daß der Vorstand des Deutschen Jugendverbandes die pauschale Werbung für Angebote des Jugendhofes an dänischen Schulen unterbunden hat.“

Unabhängig davon, ob der Sachverhalt korrekt dargestellt worden ist, führt er uns vor Augen, was Allemann ausgemacht hatte: Verkrampfung auch drüben bei Deutschen und bei Dänen.

\*

Was ist zu tun? Erwarten Sie nun bitte nichts Neues und keine Rezepte. Ich glaube, es kommt zunächst einmal auf die Bereitschaft aller an, das offene, vorurteilslose Gespräch miteinander zu suchen. Für mich heißt das: Jeder muß mit jedem reden können und auch tatsächlich reden. Südlich und nördlich der Grenze sind noch manche Sperrren abzubauen. Es gilt, im Verhältnis der Minderheiten zur jeweiligen Mehrheit und umgekehrt, aber auch — ich betone das

mit Nachdruck — im Verhältnis beider Minderheiten zueinander zu einer Atmosphäre selbstbewußter Gelassenheit zu gelangen. In diese Gespräche sollten auch die Grenzverbände einbezogen werden.

Zum anderen scheint es mir nötig zu sein, sich in Dänemark und Deutschland einmal eine Vorstellung zu verschaffen, was die Minderheitenerklärungen von Bonn und Kopenhagen real bewirkt haben, aber auch, was — wenn wir strenge Maßstäbe anlegen — heute unter veränderten politischen Voraussetzungen Inhalt und Geist dieser Grundsatzklärungen nicht entspricht. Auch hier gilt: Laßt uns offen reden über alles, was nicht in Ordnung ist, und laßt uns das in Ordnung bringen!

Wir sollten zum Beispiel die Erklärungen dahingehend interpretieren, daß die Zuwendungen für die Schulen, Volkshochschulen und Kindergärten der Minderheiten in derselben Höhe und zu denselben Bedingungen gewährt werden, wie sie für die entsprechenden Einrichtungen der Mehrheitsbevölkerung gegeben werden. Soweit gesetzliche Regelungen bestehen, die für alle gleich sind, gibt es kaum Schwierigkeiten. Die Entscheidungen jedoch, die im Ermessen der Regierungen, der Parlamente und kommunalen Gremien liegen, sollten sich streng am Prinzip der Gleichberechtigung ohne Wenn und Aber orientieren.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es in allererster Linie Aufgabe des Herbergsstaates ist, alle Einrichtungen und Unternehmungen der Minderheit in derselben Weise zu fördern wie die vergleichbaren Einrichtungen und Unternehmungen der Mehrheit. Das hat dann für die Schülerbeförderung ebenso zu gelten, wie für die Jugendpflege, den Sport und das Sozialwesen. Für Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland und Schleswig Holstein, für die Verbände und Organisationen sowie für die zahlreichen Patenschaften bleiben immer noch genügend Möglichkeiten und Notwendigkeiten, ihrer Minderheit jenseits der Grenze helfend, fördernd und unterstützend zur Seite zu stehen.

Ich rede nicht einer deutschen Lobby für die dänische Minderheit oder einer dänischen für die deutsche Volksgruppe das Wort. Die Minderheiten würden darauf verzichten wollen, weil sie in dem Zwang zur Selbstbehauptung auch einen unverzichtbaren Ansporn zu eigenen Aktivitäten sehen. Aber ich darf zum Schluß wiederholen, was ich bei den Haushaltungsberatungen dieses Jahres im Landtag gesagt habe:

Volkgruppen sind keine Vereinigungen wie andere auch. Sie sind im positiven Sinne eine ständige Herausforderung und ein Prüfstein für die Bewährung demokratischer Tugenden und Überzeugungen.

In diesem Sinne — gestatten Sie mir bitte diese Abwandlung eines nicht unbekanntes Slogans — sollten wir alle Weiterarbeiten am „Modell deutsch-dänisches Grenzland“, auch wenn es immer ein europäischer Sonderfall bleiben sollte.

## Ein Jahrhundert an der deutsch-dänischen Grenze Freundschaft - Nachbarschaft - Partnerschaft

*Auf die Gegenwart kommt es mir an, auf das Verständnis für die heutige Situation, und natürlich auf die Frage, wie die Verhältnisse an unserer Grenze weiterentwickelt werden können.*

Dabei werde ich zurückgreifen müssen, zunächst auf die etwa vierzig Jahre, die ich selbst erlebt habe, in denen also eigene Erlebnisse und Erfahrungen meine Auffassung geprägt haben, aber natürlich auch darüber hinaus auf Zeiten, über die ich Ansichten, Einsichten und Erkenntnisse übernommen habe.

Ich weiß noch, wie wir als Kinder in unserer HJ-Uniform mit einiger Geringschätzung die Spejder (dän. Pfadfinder) betrachtet haben, die vor dem Zweiten Weltkrieg im Flensburger Straßensbild noch sichtbar waren. Dabei gehörte ja eigentlich Mut dazu, nicht auch deutsch sein zu wollen, wo es doch so „herrlich“ war, deutsch zu sein. Nach dem Krieg war das gar nicht mehr herrlich; da haben wir gehungert und alles entbehrt, was nach Hoffnung oder gar Lebensfreude aussah. Wir fanden es richtig, stolz darauf zu sein, daß wir in einer solchen Zeit zu unserem Volk hielten; und wir schauten voll Verachtung auf diejenigen, die sich erst jetzt zum Dänentum bekannten. Wer das tat, wurde ja mit Lebensmitteln versorgt und war damit für uns ein „Speckdäne“. Wir sangen wieder wie 1846: „Es hat der Fürst vom Inselreich ...“ usw. bis zu dem Refrain: „Wir wollen keine Dänen sein, wir wollen Deutsche bleiben!“

Von eigenen Ausbildungs- und Berufsfindungsproblemen in Anspruch genommen, war ich dann einige Jahre nicht in Flensburg. Später habe ich mit weniger Gemütsbewegung (und mehr Objektivität?) wieder teilgenommen an dem Geschehen. Das gilt für den Befriedungsprozeß nach der Kieler Erklärung 1949 über 1955 und 1973 (EG-Beitritt Dänemarks) bis heute, wo ich gute Freunde auf der anderen Seite der Grenze habe und mich aufrichtig freue, in einer politisch und kulturell so interessanten Stadt und Landschaft zu Hause zu sein. Heute möchte ich nach Kräften mithelfen, das, was da gewachsen ist, weiterzuentwickeln und gleichzeitig solide zu untermauern, damit es nicht wieder in Gefahr gerät. So entschieden ich einerseits auch heute noch dem deutschen Teil der Bevölkerung angehöre, so entschieden bin ich andererseits heute bereit, das Lebensrecht auch der dänischen Bevölkerung südlich der Grenze zu verteidigen. Dabei begrüße ich, daß die Unterschiede durchaus betont werden, daß Auseinandersetzung praktiziert wird, daß ein Wettstreit stattfindet. Allerdings gibt es auch falsche Töne,

Übereifer und Anfeindungen im Eifer des Gefechts, aber doch nicht mehr Kampf, nicht mehr wirklich Feindschaft, sondern weithin auf beiden Seiten die ganz große Bereitschaft, an dieser Grenze und mit dieser Grenze und über diese Grenze hinweg miteinander zu leben, sich verstehen zu lernen, voneinander zu wissen, sich gegenseitig anzuerkennen und zu respektieren. Das ist nicht schon Freundschaft und auch keine Liebe. Die Freundschaft zwischen den beiden Völkern muß sich noch entwickeln; dafür sollten wir alle unsere Kräfte einsetzen. Die Liebe gibt es privat zwischen einzelnen Partnern von beiden Seiten; aber das gab es auch schon zu Zeiten des Grenzkampfes, so daß die Mitglieder mancher Schleswiger Familien lernen mußten, zwischen persönlicher Zuneigung und nationalem Bekenntnis sauber zu unterscheiden. Und das lernten sie auch. Das Aushalten nationaler Differenzen im familiären Bereich ist fast ein Kennzeichen verwandtschaftlicher Beziehungen im Schleswiger Land.

Die Situation stellt sich also sehr differenziert dar: Man ist sehr bewußt deutsch oder dänisch, auch nördlich der Grenze. Nationale Unterschiede sind auch heute noch eine starke Motivation für die politische Orientierung. Ein deutscher Nordschleswiger wählt die Schleswigsche Partei, obwohl diese ein Wahlbündnis mit den Centrumsdemokraten eingegangen ist, die ja Sozialdemokraten sind, und obwohl er als Däne die Sozialdemokraten vielleicht nicht gewählt hätte. Ein dänischer Südschleswiger wählt den SSW auch dann, wenn er als Deutscher vielleicht lieber CDU gewählt hätte; denn der SSW vertritt zu einem sehr hohen Prozentsatz Wählerschichten, die nach ihrer Gruppenangehörigkeit eigentlich traditionelle SPD-Wähler sein müßten. Man trifft also als Mitglied einer Minderheit seine Wahlentscheidung nach nationalen Gesichtspunkten, auch wenn man dabei eine Partei mit unterstützt, die man persönlich eigentlich gar nicht stärken möchte. *Es ist fast ein perfektes Verwirrspiel. Wie ist es eigentlich zu dieser für Nicht-Schleswiger kaum verständlichen Situation gekommen?*

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts haben uns die nach Amerika ausgewanderten Europäer und die Franzosen in ihrem eigenen Land gelehrt, daß nicht die dynastischen Interessen absolut regierender Fürsten die allein bestimmende Kraft sein müssen, sondern daß Völker ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können. Die Amerikaner erkämpften ihre Unabhängigkeit vom britischen König. Die Franzosen erlebten sich als Nation im Kampf gegen preußische und österreichische Truppen, die ihren Fürsten gehorchten. Die Deutschen hatten 1813 im Befreiungskrieg gegen Napoleon dieses Erlebnis nationaler Begeisterung, das aus Thüringern und Sachsen und Badenern plötzlich Deutsche werden ließ. Das Nationalgefühl — noch zur Zeit Friedrichs des Großen praktisch unbekannt — wurde eine bewegende, die Geschichte bestimmende Kraft, auch in Schleswig-Holstein und Dänemark.

In dieser Zeit zerbrach der „Gesamtstaat“; nach dem Verlust Norwegens verstand

man unter diesem Begriff noch die Einheit mit dem Herzogtum Schleswig. Aber auch hier taten sich nationale Gegensätze auf und verschärften sich immer mehr, zunächst bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Kieler Prof. Dahlmann erinnerte an Ripen, Uwe Jens Lornsen forderte eine Verfassung für Schleswig-Holstein und die Trennung von Dänemark. Das Sängerefest in Schleswig 1844 offenbarte die Stimmung im Lande. Dort wurde das Schleswig-Holstein-Lied zum ersten Mal gesungen; aber es zeigte auch, wie gemeinsames Singen nationalen Schwung verleihen kann. Das wurde auch 1846 nach dem Offenen Brief Christians VIII. deutlich, mit dem die weibliche Erbfolge als für Schleswig-Holstein gültig erklärt wurde.

Da bekamen die Schleswiger von Emanuel Geibel ihr Protestlied, das sich auch bei anderen Gelegenheiten immer wieder singen ließ: „Es hat der Fürst vom Inselreich uns einen Brief gesendet ...“ Die Leidenschaften gingen hoch. Haß und Feindschaft zwischen Deutschen und Dänen flammten zum ersten Mal auf. Kein Wunder, daß die deutschen Schleswig-Holsteiner sehr bereit waren, auf die Barrikaden zu gehen, als 1848 die sog. Eiderdänen in Kopenhagen die Politik bestimmten und Schleswig bis zur Eider einverleiben wollten.

Was darauf folgte, heißt bei uns die Schleswig-Holsteinische Erhebung, bei den Dänen oprøret (Aufbruch). Es kommt wohl auf den Standpunkt an. Aber die Erhebung ging nach Anfangserfolgen für die Schleswig-Holsteiner schlecht aus. Auf die bittere Niederlage bei Idstedt 1850 folgte die sog. Dänenzeit. Amtsenthebungen, Ausweisungen von deutsch denkenden Beamten, Lehrern, Pastoren und anderen waren an der Tagesordnung. Es traf Tausende. Und Sprachverordnungen, die das Dänische im Herzogtum durchsetzen sollten, weckten neuen Widerstand. Die Bauern in Angeln gewöhnten sich unter diesem Druck gar die plattdänische Umgangssprache ab und gingen zum Plattdeutschen über. Diese Dänenzeit dauerte bis 1864. Da konnten die Eiderdänen den neuen König Christian IX. bestimmen, eine neue Verfassung zu unterschreiben, die eine Einverleibung Schlesiws bedeutete. Preußen unter Bismarck stellte ein Ultimatum wegen Bruchs des Londoner Protokolls von 1852. Die dänische Regierung riskierte den Krieg und verlor. Danewerk, Oeversee, Düppel sind die Stationen des kurzen Kampfes im Herzogtum. Preußische und österreichische Truppen besetzten Schleswig und Holstein. Bismarck bootete zwei Jahre später die Österreicher aus und enttäuschte die Schleswig-Holsteiner schwer, die ein eigenes, selbständiges Herzogtum und Mitgliedschaft im Deutschen Bund erhofft hatten; Schleswig-Holstein wurde 1867 preußische Provinz; und das war für manche zunächst fast so schlimm, als wenn sie dänisch geworden wären. Allerdings fanden sich die meisten bald damit ab; denn es gab manche vernünftige Reform (die Kreisreform z. B., die ein volles Jahrhundert überdauert hat). Und bald nahmen die Schleswig-Holsteiner nun teil am Glanz des neuen deutschen

Kaiserreiches.

Die dänischen Schleswiger hatten es sehr viel schwerer; denn sie unterlagen jetzt seitens der preußischen Verwaltung der gleichen Unterdrückung wie vorher die deutschen Schleswiger seitens der dänischen Herrschaft: Spracherlasse, Ausweisungen, alles wie gehabt, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Am schlimmsten war das um die Jahrhundertwende unter der Verantwortung des Oberpräsidenten Koller, dessen Name zum Begriff für eine solche Politik ohne Herz und Verstand wurde. Der deutsch-dänische Gegensatz in Schleswig blieb auf diese Weise erhalten. Die bei uns Verantwortlichen zeigten sich unfähig, von den Fehlern der Dänen zu lernen.

In Dänemark aber gab es nach 1864 Jahrzehnte der Besinnung und geistigen Erneuerung. Volkshochschulen nördlich der Grenze hatten daran starken Anteil. Die Eider als Südgrenze gab man allmählich auf; mit der Grenze an der Königsau nördlich von Hadersleben fand man sich jedoch auch nicht ab.

Das dänische Volkstum im nördlichen Schleswig war gut organisiert, als der 1. Weltkrieg mit einer deutschen Niederlage endete und man sich — unter Berufung auf die Ideen des amerikanischen Präsidenten Wilson vom Selbstbestimmungsrecht der Völker — aufs neue dem Gedanken einer Grenzverschiebung zuwenden konnte. So kam es noch einmal zum Aufbranden nationaler Leidenschaften, zu Haß und Feindschaft zwischen Dänen und Deutschen, ehe am 10. Februar und am 14. März 1920 in zwei Abstimmungen die dänische Mehrheit in Nordschleswig und die deutsche Mehrheit in Flensburg und Mittelschleswig festgestellt wurden. Es folgte die Grenzziehung, die — von Tondern und ein paar Dörfern abgesehen — einigermaßen den Mehrheitsverhältnissen entsprach.

Dennoch waren beide Seiten mit dem Grenzverlauf unzufrieden; und die Stadt Flensburg, die ihr ganzes nördliches Hinterland verloren hatte, war wirtschaftlich schwer geschädigt.

Und nun formierten sich auf beiden Seiten der neuen Grenze die nationalen Minderheiten, wie es sie heute gibt. Flensburg wurde die Hochburg der dänischen Bevölkerungsgruppe im Landesteil Schleswig, Tondern und einige kleinere Orte wie Tingleff wurden starke Bastionen der deutschen Minderheit in Dänemark. Sprachvereine, ein privates Schulwesen, Büchereien, eigene Parteien und Zeitungen der Minderheiten, Grenzverbände entstanden. Man organisierte sich auf vielfältige Art und Weise und hielt enge Tuchfühlung mit dem sog. Muttervolk, dem man sich in Treue verbunden fühlte.

Mit der neuen Grenze fand man sich ganz allmählich ab. Aus Feindschaft wurde mehr und mehr Nachbarschaft. Sylt erhielt den Hindenburgdamm, weil man sonst nur über das nun dänische Hoyer hinüberkommen konnte. Flensburg erhielt das Deutsche Haus als „Reichsdank für deutsche Treue“; dennoch: man arrangierte

sich zusehends. Durch die Abtretung Nordschleswigs mit seiner dänischen Mehrheit an Dänemark („Genforening“ sagen die Dänen) war der Kampf um die Grenze zuende.

Und dann fing bei uns die Zeit des Nationalsozialismus an und infizierte natürlich auch die deutschen Nordschleswiger. Aufs neue wurden die Gegensätze geschürt. Viele hofften wohl auf eine Rückkehr Nordschleswigs ins Deutsche Reich; aber die NS-Regierung winkte dankend ab. Hitler erkannte im Oktober 1939 die Grenze an. Ein halbes Jahr später jedoch besetzten deutsche Truppen Dänemark, um die Erzzufuhr aus dem norwegischen Narvik zu sichern. Auch wenn es den meisten Dänen in den Jahren der deutschen Besetzung persönlich gar nicht so übel ergangen sein mag, so weckte diese Gewalttat gegen ein nicht am Kriege teilnehmendes Land natürlich neuen Haß gegen den übermächtigen Nachbarn, besonders, als nach der Entwaffnung der dänischen Armee sich der Widerstand gegen die Deutschen erst recht formierte und mancher Däne in die Mühlen der deutschen Staatsmacht geriet und dabei sein Leben oder auf Jahre seine Freiheit verlor.

Die deutschen Nordschleswiger, obwohl Bürger des dänischen Staates, fühlten sich ihrem Volk verpflichtet und nahmen in hellen Scharen freiwillig als deutsche Soldaten am Krieg teil. Über 700 von ihnen sind gefallen. Aber dieser Einsatz für das nationalsozialistische Deutschland war natürlich 1945, als Dänemark seine Souveränität zurückgewann, in den Augen der Dänen Landesverrat; und die ganze aufgestaute Feindschaft gegen die Deutschen entlud sich nun auf die deutsche Minderheit. Sie wurden zu Tausenden eingesperrt, ihre Schulen und Einrichtungen geschlossen und enteignet. Und es dauerte seine Zeit, bis ein zaghafter Neubeginn möglich wurde.

Südlich der Grenze aber explodierte die Zahl dänischer Stimmen auf rd. 100 000. In kurzer Zeit gab es nicht mehr 8, sondern 90 dänische Privatschulen im Landesteil. Nicht nur schlichte Mitbürger, die mit ihren Familien überleben wollten und deshalb der dänischen Werbung erlagen, die mit Lebensmittelpaketen sehr handfest die Not in Deutschland nutzte, sondern auch Angehörige des Bürgertums, Kaufleute, Beamte in großer Zahl schwenkten „rechtzeitig“ auf die erwartete Danisierung des Landesteils um; denn die Forderung „Dänemark bis zur Eider“ wurde nun doch wieder laut. Und was sollte das Deutschland von 1945 dem schon entgegensetzen?!

Dennoch kam es anders: Die dänische Regierung (Staatsminister Buhl) erklärte mitten in diesem Überschwang couragiert und mit vorausschauender Weisheit: „Die Grenze liegt fest.“ Und vor diesem Hintergrund, so schwer sich viele anfangs damit abfanden, formierten sich die Volksgruppen auf beiden Seiten neu. Die Deutschen drüben bekannten ihre Loyalität zum dänischen Staat und gewannen Stück für Stück ihre Existenz- und Entfaltungsmöglichkeiten zurück. Die dänische

Bevölkerungsgruppe diesseits der Grenze, die geradezu eine Massenbewegung geworden war, organisierte sich mit starker Unterstützung von drüben auf vielfältigste Art. Sie besetzte die Ratsversammlung der Stadt Flensburg jahrelang praktisch allein, stellte den Oberbürgermeister, gewann 1947 bei der ersten Landtagswahl mit fast 100 000 Stimmen 6 Mandate, erhielt noch 1949 bei der ersten Bundestagswahl einen Sitz in Bonn, und verlor dann doch mit zunehmender Normalisierung und Besserung der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland unaufhaltsam an Stimmen und Anhängern. Zur Zeit bringt der SSW bei Wahlen ca. 20 000 Stimmen auf. Das reicht für einen von 73 Landtagsabgeordneten, freilich nur, weil die 5%-Klausel auf die Partei der Minderheit nicht angewendet wird. In Flensburg geht die Stimmenzahl des SSW nicht mehr zurück. Von 43 Ratsmitgliedern gehören 9 (1974—78 waren es 8) dem SSW an. Ob das ein neuer, dauerhafter Trend ist, wie die Dänen hoffen, oder nur eine Pause vor weiterem Rückgang, wer wollte das heute entscheiden? 1979 wird man sehen, ob noch einmal die ca. 20 000 Stimmen für einen Abgeordneten in Kiel aufgebracht werden können.

Die Jahrzehnte der Beruhigung und Befriedung an der Grenze sind 1949 eingeleitet worden durch die Kieler Erklärung der damals sozialdemokratischen Landesregierung. In diesem Dokument wurde das Bekenntnis zum dänischen Volkstum als frei und als von Amts wegen nicht bestreitbar oder nachprüfbar erklärt. Das wurde in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 bestätigt und ausgebaut. Begleitet, kommentiert, aber auch gestaltet und vielfältig gefördert wird diese Nachkriegsentwicklung auch von der Arbeit der sog. Grenzverbände, die auf beiden Seiten neu oder wieder gegründet wurden und die Selbstbehauptung des deutschen und des dänischen Volkstums unterstützen. Dansk Grænseforening und der Südschleswigsche Verein, der Bund deutscher Nordschleswiger und z. B. der Deutsche Grenzverein sind solche Verbände. Zu ihnen gehört auch der Grenzfriedensbund, der wohl jüngste und vielleicht kleinste Grenzverband. Er wurde 1950 von Sozialdemokraten ins Leben gerufen, die nach der Kieler Erklärung nun aktiv für die deutsch-dänische Verständigung arbeiten wollten. Mit seiner Sozialarbeit will der Grenzfriedensbund hilfsbedürftigen deutschen Mitbürgern helfen, das deutsche Bekenntnis nicht materieller dänischer Werbung zu opfern. Vor allem in den ersten Jahren unserer Tätigkeit war das ein sehr wichtiger Teil unserer Arbeit, der aber bis heute nicht überflüssig geworden ist. Mit seiner kulturellen Arbeit (vor allem die Herausgabe der Grenzfriedenshefte und viele Begegnungs- und Vortragsveranstaltungen) will der Grenzfriedensbund Brücken über die Grenze schlagen und die vier Gruppen im Grenzland zusammenbringen: die dänische Mehrheit und die deutsche Minderheit drüben und die dänische Minderheit und die deutsche Mehrheit auf unserer Seite der Grenze.

Wir sind auf einem guten Wege. Die Abstimmung der Dänen über ihren EG- Beitritt zeigt, daß die meisten drüben mit den anderen europäischen Völkern Zusammengehen wollen. Aber wir dürfen nicht von den kleinen Völkern verlangen, daß sie sich selber aufgeben. Sie sind ja im Kreise der Völker Europas in derselben Rolle wie die Minderheiten in ihrem eigenen Land; und darum sollten wir ihnen helfen, ihre Eigenart in Sprache, Kultur und Volkstum zu bewahren. Das macht Europa nicht schwächer, sondern reicher und stabiler.

Aus Feindschaft ist Nachbarschaft, aus neuer Feindschaft ist noch einmal Nachbarschaft und schließlich (seit dem EG-Beitritt Dänemarks 1973) Partnerschaft geworden. Es bleibt eine Gestaltungsaufgabe für die Zukunft, die Partnerschaft zur Freundschaft weiterzuentwickeln, damit keine Rückfälle mehr denkbar sind. So denken alle vernünftigen Leute an der Grenze, auf beiden Seiten. Und viele sind bereit, dafür auch etwas zu tun. *Wir müssen nur wissen, daß wir mit der Stärkung des eigenen Volkstums nicht die Schwächung des anderen meinen. Auf die Erhaltung beider kommt es an.*

## Das Schleswigsche als geistige Lebensform

*Zum 70. Geburtstag von Dr. Hans Peter Johannsen  
und seinem soeben erschienenen Buch „Sieben schleswigsche Jahrzehnte“.*

Nun zählt auch Dr. Hans Peter Johannsen, der langjährige Flensburger Stadtbibliothekar und Mitbegründer des Grenzfriedensbundes, zu den Siebzigjährigen. Da obliegt es uns, ihn mit Hochachtung und Dankbarkeit zum glücklich erreichtem, beachtenswert bezifferten Geburtstag geziemend zu ehren. Als Goethe 45 Jahre alt wurde, erhielt er einen Lorbeerkranz mit Schleife, darauf die sinnige Inschrift „Dem ehrenwerthen Greise“. Derlei können wir unserem Jubilar natürlich nicht antun, auch wenn er ein Vierteljahrhundert älter ist als der von ihm vergötterte Dichterst. Dafür fährt er noch viel zu schneidig Auto, bislang unfall- und protokollfrei, was man noch lange nicht jedem Jüngling nachsagen kann. Unsere Ehrung gilt dem im wahren Wortsinn großen zeitgenössischen Nordschleswiger aus Tingleff, der mit leidenschaftlichem Idealismus das Gewissen dieser Landschaft als sittliche Kernsphäre auf dem Boden des Gemütes verkörpert.

Versteht die Psychologie unter „Gewissen“ den Inbegriff aller verantwortlichen Bindungen, so möchte ins Persönlichkeitsbild unseres Jubilars sein ungewöhnlich üppiges literarisches „Wissen“ einbezogen sein. Daß Hans Peter Johannsen der deutschen wie der dänischen Sprache gleichermaßen mächtig ist, und dies auf der Grundlage einer fundierten Kulturbasis, hat ihm den Sinn dafür erhellt, in der im zweisprachigen Grenzraum immer aktuellen Sprachenfrage ein besonderes Lebensproblem zu erkennen. Der Spruch hört sich gut an, daß einer so viele Seelen besitze, als er Sprachen beherrscht. Zutreffender dürfte sein, daß Sprachenkenntnis auf breiter Ebene eine Völkerverständigung erst so recht ermöglicht. So vertraulich in völkisch gemischt bewohnten Räumen nachbarschaftliche Gespräche sozusagen von Haus zu Haus sich ausmachten, letztlich bedeutsam wirkt das Gewicht der Muttersprache, die über der Wiege des Kindes anhebt und in der anspruchsvollen Dichtkunst endet. Mit dem Problem der Zweisprachigkeit hat sich Johannsen zeitlebens auseinandergesetzt, mit Friedrich Ernst Peters, dem Schleswiger Dichter von Rang, teilt er die Forderung auf vollkommene Beherrschung der Muttersprache, ohne die man sich nicht zu einer vollkommenen Persönlichkeit entfalten könne.

An der Nahtstelle zweier blutsverwandter und über Jahrhunderte hin auch staatspolitisch verbundener Völker geboren zu sein, mag Glück wie auch

Bedrängnis bedeuten. Nehmen wir getrost an, daß ein Septaner, der bald Sextaner wird, noch eine geraume Zeit von Problemen verschont bleibt, die einem Politiker die Existenz verbürgen. Sehen wir dafür einen wackeren kleinen Knirps bei Wind und Wetter von Tingleff über den holprigen Heerweg nach Flensburg zur Schule radeln, hin — und zurück natürlich auch! (Ich kann ein wenig mitreden: Bei mir war es die Eifel, bergauf, bergab, und bei Schnee stapfte man eben zu Fuß seine zehn Kilometer ab). Hinterher aber weiß man, daß die Kultur wirklich bei der Natur beginnt (und nicht beim Moped). Uns braucht es also nicht zu wundern, daß sich noch heute in Hans Peter Johannsens geistige Einsichten immer wieder das Naturerlebnis einmischt; es verrät sich für einen Gleichgestimmten, der auch nicht malen und zeichnen kann, in der unstillbaren Sucht und Lust der Landschaftsfotografie, vor allem, wenn historisch triftige „Zutaten“ wie Grabsteine, Runensteine und Wehrkirchen sich ins Bild drängeln. Letztlich mündet bei „Hans Peter Kultur“, wie ihn der Flensburger Volksmund benennt, ein lebenslanges strenges Streben in der nur wenigen zugänglichen tieferen Einsicht in die heimatische Geschichte und in die psychologische Eigenprägung einer Grenze.

Dr. Hans Peter Johannsen hat ein bewundernswertes Gedächtnis. Darin ist so vieles gespeichert, daß es ein unersetzbarer Verlust für die Allgemeinheit wäre, wenn er seine Erfahrungen und Erkenntnisse der ihn immer wieder zu Untertreibungen verführenden Bescheidenheit opferte. So hat es vielerlei Zuredens bedurft, ihn zur Abfassung eines Buches zu zwingen. Und nun liegt es vor, rechtzeitig zum Geburtstag: „Sieben schleswigsche Jahrzehnte“, erschienen im Schleswiger Druck- und Verlagshaus, Schleswig. Es ist eine Beschreibung des eigenen Lebens, im strengen Sinn eine Autobiographie, darin immer der landschaftlich und geschichtlich strenge Unter- und Hintergrund mitgezeichnet wird. So sieht er sich selbst nie als eitlen Zentralhelden, was zu tun einen amüsanten Memoirenschreiber allzu schnell reizt, sondern als objektivierten Zeitgenossen seiner selbst, der am 22. Juni 1908 in dem nordschleswigschen Kirchdorf Tingleff als Sohn eines altangestammten Bauern und Färbers geboren wurde. Liebevoll beschreibt er seine Kindheit und Jugend auf der trockenen Geest, wo man noch heute gern mit jedem fahrplanmäßigen Zug aus Tondern einen Regenschauer hätte. Die Idylle wird bald überschattet von dem Tod des Vaters, der an seinem Geburtstag im Februar 1915 in der Masurenschlacht fiel. Vier Jahre später heiratete die Mutter wieder: der Stiefvater vermittelte dem Knaben die ersten Kenntnisse über Wilhelm Busch, dessen geistreiche Verse dem Bibliotheksdirektor a. D. noch immer nach Belieben davonkullern.

Johannsens Zitatenschatz ist unerschöpflich. Ihn verdankt er außer dem eigenen Lerneifer seinem Deutschlehrer Dr. Fischer, der auf dem damals Königlichen Gymnasium zu Flensburg schon auf der Obertertia seine Schüler ein Oktavheft anlegen ließ, in das sie bedeutende Worte großer Dichter eintragen mußten.

Immer wird es für den Hörer zum Genuß, wenn unser Jubilar mit Bonmots jongliert wie mit bunten Bällen. Und die Überraschung ist um so größer, als heutzutage Auswendigpauken geradezu in Verruf geraten ist.

Seine Studienjahre verbrachte Johannsen in Göttingen, Heidelberg, Kopenhagen und schließlich in Kiel, wo er zum Dr. phil. promovierte. Seine Fächer waren deutsche, englische und dänische Sprachgeschichte. In seinen Kopenhagener Semestern zahlte es sich aus, daß er als Gymnasiast des deutschen Gymnasiums in Flensburg fleißig dänische Grammatik gelernt hatte. In Kopenhagen war er auch Hörer bei Carl Roos, einem gebürtigen Haderslebener, der deutsche Literaturgeschichte lehrte. Auf der dortigen Universität lernte er der Studiosus seine spätere Frau Dora kennen, eine gebürtige Schmidt aus Hostrup, auch sie mit profundem Wissen ausgestattet, als Gastgeberin vorbildlich wie als Mutter berufstüchtiger, deutschbewußter Kinder. Über die harten Pflichtübungen der Philologie hinaus setzte sich schon der Student Johannsen mit den engeren Zusammenhängen zwischen Dichtung und der allgemeinen Geistesgeschichte eines Volkes auseinander. Dabei wurde er in besonderem Maße mit dem Werk des Dänen Jens Peter Jacobsen vertraut. Einen unvergeßlichen Eindruck davon gewannen 1976 die Teilnehmer einer sorgfältig vorbereiteten Studienfahrt des Grenzfriedensbundes durch Jütland, als Dr. Johannsen am Grabe des frühverstorbenen Dichters ein Persönlichkeitsbild von ihm entwarf. Dieser Stegreifvortrag sei für die vielen geistreichen Vorträge vorher und nachher genannt, in denen Johannsen vornehmlich die Probleme der Kulturpolitik wie der Kulturpflege im Grenzland erklärte und deutete. Ein uns hier gewichtig erscheinender Satz sei aus seinem Buch zitiert:

„Sicherlich hat Schopenhauer recht, wenn er in der Berücksichtigung seiner eigenen Formulierung, daß der Mensch die Fabrikware der Natur sei, auch nicht viel von jener unbestimmten Größe hielt, die man den Nationalcharakter eines Volkes nennt; *aber dennoch gilt auch der Satz Hölderlins, daß die Dichter das Bleibende schaffen — und dies in allen Völkern.*“

\*

Als Oberbürgermeister Heinz Adler am 30. Juni 1973 den Flensburger Bibliotheksdirektor Dr. Johannsen in den Ruhestand verabschiedete, nannte er ihn trefflich einen schleswigschen Kosmopoliten. Nicht weniger als 39 Jahre lang war der Pensionär, der grenzpolitisch noch immer aktiv ist, wie er es zuvor als Bibliothekar der Fördestadt gewesen ist. Was er für die fast vier Jahrzehnte über Bücher und Briefe, vor allem aber über menschliche Begegnungen zu berichten weiß, gibt dem Buch dokumentarischen Wert. Als Erkenntnis des gereiften Mannes gesteht er einen unlösbaren Zusammenhang von Nationalitätenpolitik und Volkstumsarbeit mit gesellschaftspolitischen Fragen, „und daß es gefährliche Folgen haben kann, wenn man dies nicht beherzigt“. Insofern gewinnt jeder zitierte

Name, wie beispielsweise Ernst Schröder, Dr. Franz Schriewer, Bruno Diekmann, Prof. Dr. Troels Fink, Dr. Hartwig Schlegelberger, Tage Jessen, Hans Andersen-Kongsberg, motivischen Wert für bedeutsame Themen und orientierende Standpunkte. Wenn Johannsen in seinem Buch bemerkt, daß die Schleswigfrage, die früher eine primär politische war, in den letzten drei Jahrzehnten zu einer heute vorwiegend kulturellen geworden sei, dann darf getrost hinzugefügt werden, daß er selber wesentlichen Anteil daran hatte. Er hat wie so leicht kein zweiter sich die Erlebnisfülle des eigenen Volkstums und die geistigen Inhalte des verwandten Nachbarvolkes nicht über dem Kopf zusammenschlagen lassen, sondern sie im Kopf als diskussionswürdige Wirklichkeit verarbeitet und formuliert.

„Schleswiger ist man nicht, aber man kann es werden, wenn man zuvor deutsch oder dänisch ist, das heißt seinen Standort gefunden hat“, lesen wir in Dr. Johannsens biographischem Bericht. Und diesen Standpunkt hat er gefunden und vorbildlich gefestigt, als die Volksabstimmung von 1920 nach einer von Bedenken nicht unbelasteten Wahlauswertung das heutige Nordschleswig unter dänische Hoheit verwies. Dazu gehörte auch Tingleff trotz deutscher Stimmenmehrheit. So wurde denn auch der Junge Hans Peter mitsamt seiner Familie dänischer Staatsbürger, und er blieb es auch nach dem Standortwechsel nach Flensburg. Als Deutscher mit dänischem Paß wurde er Flensburger Bibliothekar und übte weitere wichtige Funktionen aus, für deren vortreffliche Erfüllung ihn auf dem Gipfel des Erfolges Innenminister Dr. Schlegelberger mit dem Bundesverdienstkreuz dekorierte.

Johannsens Buch „Sieben schleswigsche Jahrzehnte“ ist ein unentbehrlicher Leistungsbericht für kulturelle Festigung deutschen Geistesgutes im Grenzland, wo sich zwei Nationalkulturen berühren und zwangsläufig auch vermengen. Mögen Theater und Konzert auffälliger sein, gewiß nicht weniger notwendig ist das Buch mit seiner stillen, oft sogar tieferen Wirkung. Als Dr. Johannsen 1934 die Leitung der Flensburger Stadtbücherei übernahm, hatte sie 17 358 Bände; als er sie 1973 verließ, standen in den Regalen des von ihm maßgeblich angeregten und geförderten Hauses an den Süderhofenden 72 358 Exemplare. Es möchte in Gedanken aber auch die Vorstellung all dessen hinzugefügt sein, was nicht in den Regalen steht, weil es als unqualifiziert aussortiert blieb, aber vorher zeit- und kraftraubend geprüft sein wollte. (Nur ein Feuilletonredakteur, der dazu verdammt ist, täglich einen Waschkorb voll Kurzgeschichten zu prüfen, oder ein Verlagslektor für Belletristik kann ermessen, was ein Stadtbibliothekar unter der ständigen Sturmflut von Makulatur zu leiden hat.)

Als Leiter der Zentrale für die Nordmarkbüchereien bewies Dr. Johannsen gleichermaßen organisatorisches Geschick wie als Mitbegründer des Grenzfriedensbundes und als langjähriger Vorsitzender des Vereins der Musikfreunde Flensburg als Stütze des Nordmark-Sinfonieorchesters, das schon

1952 zu Gastkonzerten unter seinem Chefdirigenten Heinrich Steiner in Kopenhagen und Malmö antrat. Nicht zuletzt ist sein Anteil an den seit 1954 regelmäßig durchgeführten „Flensburger Tagen“ bzw. ab 1960 erstmals in Apenrade veranstalteten „Dänisch-deutschen Tagen“ ebenso rühmend zu vermerken, wie seine mannigfaltigen Impulse im Grenzverein und in einer beispielhaft vorgeprägten Volkshochschulbildung in die Zukunft hineinwirken dürften.

Es sollte nicht der Sinn dieses Geburtstagsbeitrages sein, Dr. Johannsens Buch minutizös zu exzerpieren; dafür enthält es viel zu viele Einzelheiten, die nur im detaillierten persönlichen Eingeständnis sich auch hintergründig aufschlüsseln lassen. Alles was Namen, Rang und Bedeutung hat für die psychologische Situation an der deutsch-dänischen Grenze, der im europäischen Sinn vorbildlichsten Grenze, treffen wir in diesem wichtigen Buch an, das bedeutsame Einzelheiten der Zukunft sichert, auch wenn sie hier und da etwas familiär überbetont wirken mögen. „Das Schleswigsche als geistige Lebensform“ — darum ging es dem Autor vorrangig und damit um den Nachweis, daß dies möglich sei. Wie sehr dies immer ein Herzensanliegen der phänomenal belesenen wie seiner Heimat rührend anhängenden Persönlichkeit „Hans Peter Kultur“ war, wie hier Dr. Johannsen in freundschaftlicher Verbundenheit nach dem Volksmund zu nennen dem Rezensenten einmal gestattet sei, bezeugen außer seinen ständigen lesenswerten Beiträgen in den Grenzfriedensheften und seinen fundierten Kritiken über das dänische Kulturgeschehen in den Grenzlandzeitungen auch seine früheren Buchveröffentlichungen. Eindringlich aufmerksam gemacht sei hierbei auf die von Max Schwimmer reizvoll mit Illustrationen geschmückte Herausgabe von Theodor Storms „Erzählungen“ (Verlag Buch und Volk, Leipzig 1944), auf den in deutsch und dänisch präsentierten Landschaftsband „Von der Elbe bis Skagen“ (Christian Wolff Verlag, Flensburg 1954), auf die in der im selben Verlag in der d + d-Reihe erschienenen „Parkplätze der Literatur“ (Band 5) und seinen vortrefflichen Beitrag „Emil Hansen aus Nolde“ in Band 8, vor allem aber auf das bei Boyens & Co., Heide erschienene Buch „Deutsche und dänische Dichter der Gegenwart“ mit zwölf ausgewählten und sachkundig eingeleiteten Texten u. a. von Friedrich Ernst Peters, Karen Blixen, Jacob Paludan, Nis Petersen und Martin A. Hansen, alles Anreize, vom charakteristischen Auszug zum kompletten Werk vorzudringen. Hierbei wird deutlich, daß auch das glücklich und bedachtsam gewählte Zitat zum eigenen Bekenntnis werden kann. Die Apotheose auf die eigene Heimat erhält in jedem Falle bei Hans Peter Johannsen eine eigene Gloriole. Immer bleibt sie der Scholle verhaftet.

## Unser Ehrenvorsitzender ist 70 Jahre alt

„Sieben schleswigsche Jahrzehnte“ vollenden sich am 22. Juni für unseren Ehrenvorsitzenden Dr. Hans Peter Johannsen. Der Würdigung dieses Mannes und der Besprechung seines neuesten Buches unter dem o. g. Titel, die wir an anderer Stelle in diesem Heft veröffentlichen, sollen hier nur ein herzlicher Gruß, ein Glückwunsch und ein Dank hinzugefügt werden. Er wurde zweimal Nachfolger des unvergessenen Jens Nydahl: 1961 als Vorsitzender und 1977 als Ehrenvorsitzender des Grenzfriedensbundes. Nun ist er 70 Jahre alt, und er ist in unserer Organisation immer noch ganz unentbehrlich. Er hilft uns mit seinen Kenntnissen und seiner Erfahrung, mit seinen Ansichten und Einsichten, mit seinem Rat und mit seiner Hilfe, auch mit seiner freundlichen Liebenswürdigkeit, die seinen Umgang mit Menschen kennzeichnet. Wir sind daran gewöhnt, daß es Dr. Johannsen gibt, wenn es darum geht, das Leben in unserem Grenzland zu durchschauen, es zu erklären und zu gestalten. Das ist seit Jahrzehnten so. Und wir wünschen uns, nicht nur im Grenzfriedensbund, daß es noch viele Jahre so bleibt. Sein 70jähriger Geburtstag ist Anlaß, ihm Dank zu sagen und Glück zu wünschen. Hoffentlich bleiben ihm Gesundheit und Schaffenskraft noch lange erhalten. Das heißt gewiß nicht, daß er noch etwas hinzufügen müßte. Sein Lebenswerk, wenn es schon abgeschlossen wäre, könnte sich wahrhaftig sehen lassen. — Herzlichen Dank und viel Glück und alles Gute, Hans Peter Johannsen!

## Paul Koopmann in memoriam

Am 4. Juni verstarb unser nordschleswigscher Landsmann und Freund Paul Koopmann. Wohl hatten wir Sorge um seine Gesundheit, durften aber hoffen, daß er dank seiner Energie sein Leben nach menschlichem Ermessen bis in das biblische Alter hinein würde leben dürfen. Dies ist nun zum großen Schmerz seiner Familie und seiner Freunde nicht geschehen.

Paul Koopmann hat seit seinem 9. Lebensjahr bis zu seinem Tode in Tingleff gelebt. Als gebürtiger Tingleffer konnte ich so seit 58 Jahren in Beziehung zu ihm treten, und dafür Dank zu sagen, ist mein Wunsch.

Ich danke ihm für gute Erinnerungen an Kindheit und Jugend, an gemeinsame Studentenzeiten und viele Gespräche, die immer wieder um die Geschichte, die innere Gestalt und die zukünftige Entwicklung unserer gemeinsamen Heimat geführt wurden. Ich danke ihm für seine große Loyalität und Toleranz, ganz

besonders in den Fällen, in denen unsere Meinungen auseinander gingen. Paul Koopmann ist ein Angehöriger jener Generation, die von zwei Ereignissen bestimmt wurde: der Ziehung der neuen Staatsgrenze 1920 und dem Zweiten Weltkrieg mit seiner zwielichtigen Vorgeschichte und seiner auch für die deutsche Volksgruppe so tragischen Bedeutung. Beides hat ihn geprägt, führte aber nicht zur Resignation, sondern zu dem festen Willen, sich mit beidem auseinander zu Setzen. Paul Koopmann hat das mit einer großen Sachkunde und mit Ernst und einer ansteckenden Zuversicht, daß das deutsche Leben unserer Volksgruppe einen tiefen geschichtlichen Sinn habe, getan. So wurde er als Historiker und als Pädagoge der Freund seiner Landsleute, von denen ihm viele viel verdanken, so auch die Leser dieser Zeitschrift, für die er Aufsätze und Buchbesprechungen von Rang schrieb. Diejenigen, die ihm nähertreten durften, werden im Augenblick seines Todes mit dem Dichter sagen: Ach, sie haben einen guten Mann begraben, und uns war er mehr.

*Hans Peter Johannsen*

# Das parteiliche Geschichtsbild eines dänischen Schleswigers

*Jens Jessen über Uwe Jens Lornsen*  
Eine ideologiekritische Skizze

UWE JENS LORNSSEN 1793-1838

U. J. Lornsen entstammte einer auf Sylt beheimateten Seefahrerfamilie. Der Englisch-Dänische Krieg 1807—1814 verhinderte, daß Lornsen Seemann wurde. Er besuchte deshalb ab 1811 die Schule in Tondern und von 1813 bis 1815 die Schleswiger Domschule. Ostern 1816 begann er in Kiel das Studium der Rechtswissenschaft. Er war Mitglied der Kieler Burschenschaft, in der sich bereits zu dieser Zeit der deutsche Nationalgedanke durchzusetzen begann. 1818—19 studierte er in Jena, wo er zum Kreis der „Unbedingten“ um den Fanatiker und Revolutionär Karl Follen gehörte. Aus dieser Schar kam auch der Kotzebue-Mörder Karl Ludwig Sand. Lornsens liberale und nationaldeutsche Gedanken erhielten während dieser Jenaer Jahre starke Impulse. Nachdem er im Oktober 1820 das juristische Staatsexamen in Schleswig bestanden hatte und kurze Zeit Untergerichtsadvokat in Oldesloe gewesen war, wurde er im Februar 1822 Beamter in der Schleswig-Holsteinisch-Lauenburgischen Kanzlei in Kopenhagen, wo er innerhalb von nur vier Jahren zum Kontorchef und Kanzleirat aufstieg. Während dieser Kopenhagener Zeit beschränkte sich sein Umgang auf seine schleswig-holsteinischen Kollegen. Im Oktober 1830 wurde er auf eigenen Wunsch hin zum Landvogt auf Sylt ernannt.

Am 19. Oktober 1830 kam er nach Kiel. Anstatt nach Sylt weiterzureisen, um dort sein Amt anzutreten, startete er von Kiel aus eine Agitation für eine Petitionsbewegung mit folgenden Hauptforderungen: eine durchgreifende Reform der Verwaltung, eine die Herzogtümer Schleswig und Holstein verbindende Verfassung und Verwaltung sowie die Doppelstaatlichkeit von Schleswig-Holstein und Dänemark. Beide Staaten sollten nur durch einen gemeinsamen Herrscher und durch eine gemeinsame Politik in Kriegszeiten verbunden sein.

Lornsen verbreitete seine Ideen auf einer Agitationsreise nach Flensburg und durch seine Flugschrift „Über das Verfassungswerk ...“. Das Land folgte ihm nicht. Er wurde verhaftet und angeklagt. Das Schleswiger Oberkriminalgericht auf Gottorf verurteilte ihn am 31. Mai 1831 wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe,

d. h. wegen seiner agitatorischen Tätigkeit außerhalb seines Amtsbereichs, zu Amtsentsetzung und einjähriger Festungshaft, die er vom 31. 5. 1831 bis zum 1. 6. 1832 in Friedrichsort und Rendsburg absaß. Während dieser Zeit entwickelte er deutsche Gedanken: die Zukunft Schleswigholsteins sah er jetzt im Zusammenhang mit der deutschen Bewegung, deren Krönung war ihm nun die Gründung eines deutschen Staates unter der Führung Preußens, dessen König Kaiser von Deutschland werden sollte. Nach der Entlassung aus der Festungshaft spann er seinen alten schleswigholsteinisch-dänischen Doppelstaatsgedanken weiter, dem er sein nachgelassenes Werk „Die Unions-Verfassung Dänemarks und Schleswigholsteins“, Jena 1841, widmete. Schleswigholstein und Dänemark sollten nach diesem Werk als zwei in Verfassung und Verwaltung selbständige Staaten in ein Unionsverhältnis zueinander treten. Lornsen schloß jedoch die Möglichkeit einer späteren Verbindung Schleswigholsteins mit den übrigen deutschen Staaten nicht aus.

Von 1833 bis 1837 lebte Lornsen in Rio de Janeiro, um Heilung von einer ihn sehr bedrückenden Krankheit zu suchen. Lornsen bildete sich ein, daß er an einer Lues litt. Die neuesten, nachträglichen ärztlichen Stellungnahmen sprechen davon, daß es sich bei dem hypochondrischen Lornsen um eine konstitutionell bedingte Krankheit gehandelt hat, die dem manisch-depressiven Formenkreis zuzurechnen ist. Diese Krankheit, die sich schon bei dem jungen Lornsen zeigte, war keine Folge der Haft oder der Enttäuschungen im politischen Leben. Im Sommer 1837 kehrte er nach Europa zurück und machte am 11./12. Februar 1838 am Genfer See seinem Leben ein Ende.

Lornsens Auftreten im Oktober/November 1830 blieb nicht ohne direkte Folgen für die politische Entwicklung in den Herzogtümern und im Königreich Dänemark. Der absolute König und seine Regierungsbeamten mußten die seit 1823 ad acta gelegte Verfassung für Holstein wieder hervorkramen. Um die Einheitlichkeit des deutsch-dänischen Gesamtstaates nicht zu gefährden, wurden beratende Ständeversammlungen nicht nur für Holstein, das auf Grund des Art. 13 der Bundesakte von 1815 ein Anrecht auf eine „Landständische Verfassung“ hatte, sondern auch für Schleswig, Jütland und die dänischen Inseln erlassen. Damit wurde im Gesamtstaat das Forum geschaffen, auf dem das besitzende und gebildete Bürgertum lernen konnte, seine politischen Vorstellungen zu entwickeln und zu vertreten. Das Bürgertum trat in den Lernprozeß ein, der in Schleswig-Holstein zur Erhebung von 1848 und in Dänemark zur Verfassung vom 5. Juni 1849 führte.

In Gottorf wurde eine Schleswig-Holsteinische Regierung und in Kiel ein gemeinsames Oberappellationsgericht für Schleswig, Holstein und Lauenburg eingerichtet.

Während Schleswig und Holstein durch die für jedes Herzogtum gesonderte

Ständeversammlung getrennt wurden, vereinte man sie durch gemeinsame Behörden bei der Trennung von Rechtsprechung und Verwaltung in der mittleren Instanz. Auf dem einen Bereich lehnte man U. J. Lornsens Forderungen nach Einheit Schleswig-Holsteins ab, auf dem anderen verwirklichte man sie.

\*

#### JENS JESSEN 1854-1906

Der 1854 in Toghale/Møgeltønder geborene Jens Jessen wuchs in einem dänischen Elternhaus auf. Er besuchte die dänische Abteilung des Lehrerseminars in Tønder und nach einigen Jahren Unterrichtspraxis setzte er seine Lehrerausbildung fort, indem er in Paris und Göttingen, wo er die Mittelschullehrerprüfung bestand, Französisch und Englisch studierte. Als ihm die Gelegenheit geboten wurde, die private dänische Realschule in Haderslev zu übernehmen, legte er (in aller Heimlichkeit) im Dezember 1881 in Kassel das für diese Aufgabe erforderliche Rektorenexamen ab. Doch es nutzte ihm nichts. Der preußische Kultusminister Gustav v. Goßler erklärte am 28. März 1882 im preußischen Landtag: „Einem solchen Herrn gebe ich keine Konzession für eine Privatschule.“ Die preußischen Schulbehörden wußten, daß in einer von Jens Jessen geleiteten Schule niemals der politisch-vaterländische Geist herrschen wird, der die Schüler zu guten preußischen Staatsbürgern macht. Jens Jessen wurde die Übernahme der Schule aus nationalpolitischen Gründen verweigert. Seit 1875 hatte J. Jessen Artikel für Flensburg Avis geschrieben. Am 1. Juli 1882 übernahm er die Redaktion dieser Zeitung, die er, der von den Preußen in den Journalismus abgedrängte Mittelschullehrer mit Rektorexamen, dann am 1. April 1883 kaufte. Er wurde damit Besitzer eines Blattes mit etwa 800 Abonnenten und 900 Mark Schulden. In den

folgenden 23 Jahren vereinigte er die Aufgaben des Herausgebers und Chefredakteurs in seiner Person. Als er am 22. Juli 1906 starb, hatte er das 1882 am Abgrund des Bankrotts stehende dänischsprachige Blatt zu einer damals relativ großen und modernen Zeitung mit über 9.000 Abonnenten emporgearbeitet — und das in einem Gebiet, das zur äußersten Randzone des dänischen Sprachbereichs gehörte. Diese Leistung wurde im Kampf gegen einen Staat vollbracht, dessen Behörden und Gerichte sich eifrig bemühten, das Verbreitungsgebiet seiner Zeitung einzudeutschen. Jens Jessen leitete eine Zeitung, die in vorderster Linie des Nationalitätenkampfes Sprache und Recht des dänischen Volkes gegen die Übergriffe eines mächtigen Feindes verteidigte. J. Jessen war eine Persönlichkeit voller Gegensätze. Er besaß den komplizierten Charakter eines von Leidenschaften erfüllten, unruhig nervösen Gefühlsmenschen, der zugleich mit einem eiskalten kritischen Verstand und einem unbeugsamen Willen, mit einem unbändigen Ehrgeiz und einer grenzenlosen Selbsthingabe begabt war. Dieser Mann verbarg sein weiches, empfindsam rührseliges Herz hinter einer stacheligen Schale bissigen Humors, verletzender Ironie und ständig angriffsbereiter Spottlust. Dieser fanatische Feind der Nordschleswig eindeutschenden Preußen verkörperte in hohem Maße sogenannte preußische Tugenden: Pflichtbewußtsein, Selbstaufopferung im Dienst fürs Vaterland, Kompromißlosigkeit,

Verantwortungsgefühl und persönliche Bescheidenheit bis zur Selbstverleugung. Sein Anspruch auf Gehorsam war eng mit der Forderung nach gegenseitiger Treuepflicht zwischen Dienstherrn und Untergebenen verbunden und schloß für ihn die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers gegenüber seinem Arbeitnehmer mit ein. Dieser charakterlich so zwiespältige Mann, der sich der Sache seines Volkes verschrieben hatte und gleichzeitig versuchte, seine private Unabhängigkeit geltend zu machen, war für die Mitarbeiter genauso schwierig zu ertragen, wie er auf die Gegner unausstehlich wirkte. Unter seiner Unfähigkeit zur Einordnung, seinem Oppositionsgeist, unter seiner grandiosen Spitzfindigkeit und Lust zu Haarspaltereien und unter seiner Rechthaberei hatten nicht nur seine Mitkämpfer in Nordschleswig und Dänemark zu leiden, sondern in allererster Linie die preußischen Behörden und Gerichte wie auch die „eidbrüchigen“ Schleswig-Holsteiner aus der Zeit des „oprørs“ von 1848. Den preußischen Unterdrückern und den schleswig-holsteinischen „Landesverrätern“ war er ein unversöhnlicher Feind. Flensborg Avis für Jessen in erster Linie eine politische Zeitung, mit der er den Krieg von 1864 mit anderen Mitteln fortführte. Da nach seiner Ansicht jede preußische Politik, auch die gemäßigte einer liberalen Regierung, die Eindeutschung Nordschleswigs zum Ziele hatte, sah er nur in der Protestpolitik eine Chance zum Überleben. Die Grundlage dieser Protestpolitik bildete der Rechtsstandpunkt, wie er ihn verstand: er verteidigte das natürliche Recht der Nordschleswiger auf ihre dänische Muttersprache, er betonte das historische Recht der Zugehörigkeit Schleswigs zu Dänemark auf Grund der tausendjährigen geschichtlichen Bindung des Herzogtums

an das Königreich, und er vertrat das Vertragsrecht der Gegenwart, wie es durch die Abstimmungsklausel im „unaufhebbaren“ Artikel V des Prager Vertrages vom 23. August 1866 schriftlich fixiert worden war.

Als Herausgeber der größten dänischen Zeitung im Grenzgebiet besaß er einen bedeutenden politischen Einfluß. Deshalb versuchte der Gegner immer wieder, ihn durch Presseprozesse auszuschalten. Innerhalb von knapp 20 Jahren mußte er dreiundvierzigeinhalb Monate Gefängnis, z. T. unter sehr entehrenden Bedingungen, absitzen und 1300 Mark Strafe zahlen. Dabei konnte man ihm nicht eine einzige Tatsachenentstellung nachweisen. Vom April 1902 bis zu seinem Tode war er als Gustav Johannsens Nachfolger der Vertreter der dänischen Schleswiger im Deutschen Reichstag. Zur Überraschung seiner nordschleswigschen Gegner setzte er in Berlin die von seinem Vorgänger geübte Taktik fort: er nahm Verbindungen mit den anderen innerdeutschen Oppositionsparteien auf und knüpfte Kontakte zum Zentrum, den Freisinnigen, den Sozialdemokraten und zu den Vertretern der anderen nationalen Minderheiten. Doch große Erfolge brachte diese Arbeit nicht ein.

Über zwanzig Jahre Pressekampf in vorderster Frontlinie und über dreieinhalb Jahre im Gefängnis hatten seine Gesundheit stark angegriffen. Jens Jessen war nur 52 Jahre alt, als er am 22. Juli 1906 in einem Kopenhagener Krankenhaus verstarb. Durch seinen Einsatz hat er nicht nur sein eigenes Blatt weit über seinen Tod hinaus bis in die Zeit nach dem letzten Krieg, sondern auch eine ganze Generation dänisch-schleswigscher Journalisten und Redakteure geprägt.

Der Anstoß zu den folgenden Überlegungen über das Geschichtsbild des ehemaligen „Flensburg-Avis“-Redakteurs Jens Jessen (1854—1906) ist einem Zufall zu verdanken: Bei der Suche nach Quellenmaterial, das den Gegensatz zwischen den beiden dänischen Politikern und Journalisten Jens Jessen und H. P. Hanssen erhellt, stieß ich auf einen Brief, den (H)ans (V)ictor Clausen (1861—1937) am 20. November 1893 an seinen Jugendfreund H. P. Hanssen (1862—1937) geschrieben hatte. In diesem Brief wird ein Jens-Jessen-Artikel so bösartig kritisiert, daß sogar Leser, die sich weder für Jessen noch für Uwe Jens Lornsen (1793—1813) interessieren, die Ohren spitzen.

H. V. Claußen schreibt u. a. „... was ich an deiner Zeitung („Hejmdal“, Åbenrå) loben möchte, ist die Art und Weise, in der U. J. Lornsen erwähnt worden ist; sie steht völlig im Gegensatz zu der von „Flensburg Avis“. Man sieht sofort, daß Jessen wieder draußen ist (J. Jessen war am 14. November 1893 aus dem Gefängnis entlassen worden). Wie ist sein Leitartikel über Lornsen doch kleinlich; wie lächerlich-ekelhaft ist doch seine prüde Schilderung der Krankheit Lornsens; moralische Schauer erschüttern Jessen, wenn er an diese Krankheit denkt, und weitere Schauer durchziehen seinen Körper, wenn er an den Meineid denkt, den Lornsen seinem absolutistischen König geschworen hatte. Diese Schauer sind bei Jessen halbwegs ernsthaft gemeint, und halbwegs ist es die Schlechtigkeit und die Lust eingebildet moralischer Menschen, im Dreck zu wühlen...“<sup>1</sup>

Das ist eine vernichtende Kritik, die aber nicht voll trifft, da der Kritiker vergißt, Jens Jessens Text zu hinterfragen. Wir stellen fest, daß H. V. Clausen den Meineid nicht sonderlich schwer wertet, da er einem absolutistischen Herrscher geleistet worden ist. Diese Auffassung von der eingeschränkten Treuepflicht kann Jens Jessen nicht geteilt haben — und dafür muß es Gründe geben. Doch viel wesentlicher ist: Zu der von H. V. Clausen aufgeworfenen Frage nach der Ernsthaftigkeit oder Echtheit der geschilderten moralischen Schauer gesellt sich die Frage nach der Funktion dieser von Jens Jessen zur Schau gestellten moralischen Entrüstung. Wenn ein so erstrangiger Journalist und Zeitungsredakteur wie Jens Jessen eine so zweitklassige Sache wie Lornsens Krankheit so stark herausstellt, ihr einen Demonstrationscharakter verleiht, dann muß es eine Ursache dafür geben.

Es drängen sich — ganz abgesehen von der sofort auftauchenden Frage nach der Berechtigung und den Motiven der Kritik H. V. Clausens — einige ganz konkrete Fragen auf: Welches sind die bezeichnenden Unterschiede zwischen den Lornsendarstellungen der beiden dänischen Zeitungen?

Wie schildern die deutschen Zeitungen in Flensburg den schleswig-holsteinischen Nationalhelden?

Die sicherlich unterschiedlichen Schilderungen müßten doch eine Reihe von Interpretationen ergeben, die bestimmte Parteistandpunkte und Parteinahmen widerspiegeln. Mit deren Hilfe es möglich sein sollte, durch vergleichende Gegenüberstellung und Abgrenzung Jens Jessens Parteilichkeit wenigstens bei der Darstellung eines bestimmten, konkreten Themas der Landesgeschichte nicht nur nachzuweisen, sondern auch zu beschreiben.

Der nächste Schritt wäre dann der Versuch, die erzielten Ergebnisse auszubauen, von dem Erreichten ausgehend, nach neuen Überlegungsansätzen, Fragen und Antworten zu suchen, damit die Enge der ersten Untersuchung gesprengt und größere Sinnzusammenhänge hergestellt werden können.

## Der Anlaß für Jens Jessens Artikel

### *Das Lornsen-Bild der deutschen Zeitungen in Flensburg 1893*

Am 18. November 1893 ehrten die Schleswig-Holsteiner „das Andenken eines Mannes, der unter den vielen glühenden Patrioten und ruhmgekrönten Vaterlandskämpfern, die mit der Entwicklung unserer engen Landesgeschichte aufs innerste verknüpft sind, in besonderer Weise und in besonderem Grade dankbare Verehrung bei seinem Volke und unverhohlene Hochachtung bei seinen Feinden erworben hat — ja, der vielmehr wie einst schon bei seinen Zeitgenossen, so heute und ferner leuchtet in jenem Nimbus, den rückhaltlose Bewunderung um Heroen webt.“

„*Sonntagsblatt*“. *Beilage zu den „Flensburger Nachrichten“*. Sonntag, 19. Nov. 1893.

Die Schleswig-Holsteiner feierten die hundertste Wiederkehr des Geburtstages ihres „großen schleswig-holsteinischen Freiheitshelden Uwe Jens Lornsen“.<sup>2</sup>

Im Gedächtnisartikel der „Flensburger Nachrichten“ vom 19. November 1893 verbinden sich Franz Hermann Hegewischs Formulierungen „Kämpfer ohne Schwert“ und „Feldherr ohne Heer“ aus dem Nachruf des „Kieler Correspondenzblattes“ vom 24. März 1838 nahtlos mit den neuen preußischen Tönen vom ziel- und siegbewußten Führer, der die Offensive gegen den Feind ergriff, indem er ihn mit der Schärfe seines gewaltigen Geistes niederschrieb und das Recht seines Volkes hinausrief. Der für eine Zeitung umfangreiche Artikel ist ein pathetisches Referat des Lornsen-Buches von Karl-Jansen, das 1872 erschienen war. Allerdings gibt es eine geringe, wenn auch wesentliche Abweichung in der Tendenz: Lornsen wird als der große Vorkämpfer der nationalen Freiheit Schleswig-Holsteins geschildert. Durch Lornsen hatte Schleswig-Holstein sein Deutschtum erworben, mit starker Hand hatte er den ersten guten Grundstein „hingewälzt“ zum Bau des großen einigen Vaterlandes, in dessen Schutz und Glanz Schleswig-Holstein nun im Jahre 1893 frei atmen konnte. Der Artikelverfasser folgte hier nicht seiner Quelle; Karl Jansen schloß seine Darstellung mit einem preußisch-deutschen Bekenntnis, er betonte, daß Lornsen der deutschen Geschichte angehöre, und diese hatte mit der Errichtung des Deutschen Reiches preußischer Nation die Grundlage und den Ausgangspunkt einer neuen Ordnung geschichtlicher Entwicklung geschaffen.<sup>3</sup>

Diese preußisch-deutsche Tendenz findet sich ebenfalls in dem zweiteiligen Artikel der „Flensburger Norddeutschen Zeitung“ vom 18. und 19. November 1893. Sie bezeichnete sich selbst als eine „nationalgesinnte“ Zeitung, deshalb ist es nicht verwunderlich, daß der „nationale“ Gesichtspunkt die Lornsen-Darstellung dieser Zeitung geprägt hat. Verglichen mit dem Buch von Karl Jansen, das auch für diesen Artikel als Quelle hergehalten hat, ist die nationale Tendenz aber unterkühlt. Der große Freiheitsheld Lornsen hat nach dieser Darstellung die schleswig-holsteinische Bewegung in Fluß gebracht — und dadurch auch die

deutsche Frage. Diese brachte dann in ihrer weiteren Entwicklung die Gründung des Zweiten Reiches unter der Führung des kraftvollen Preußens und die Zugehörigkeit Schleswig-Holsteins zum geeinten Deutschland.

Beide Artikel sind offensichtlich parteilich. Sie sind zugunsten Lornsens und zugunsten der Entwicklung zum Zweiten Deutschen Reich geschrieben. Der von Jansen entnommene biographische und historisch-politische Stoff wird rühmend übersteigert, er stellt Lornsen in den Mittelpunkt der politischen Bewegung und überspringt dabei die Vorbereiter und Mitstreiter wie Dahlmann, Falck, Hegewisch und Olshausen sowie die nachfolgende Generation der an der schleswig-holsteinischen Erhebung von 1848 Beteiligten. Und die schleswig-holsteinische Bewegung wird zu der deutschen Nationalbewegung überhöht, die dann durch ihr Einmünden in die preußisch-deutsche Bewegung gekrönt wurde. Lornsen kann so zum Vorkämpfer für das preußisch-deutsche Kaiserreich hochstilisiert werden. So etwas ging natürlich nur, wenn man den biographischen Stoff perspektivisch interpretiert: Die Schilderungen der Studien- und Burschenschaftszeit in Jena und Kiel sowie der Inhalt einiger Briefe an Hegewisch, die Lornsen 1831 und 1832 während der einjährigen Festungshaft geschrieben hatte und in denen er u. a. die Einheit Deutschlands unter der Führung Preußens diskutierte, wurden als entscheidende Zeugnisse seiner politischen Entwicklung und Gesinnung angesehen. Die Lornsenbeflissenen übersahen dabei nicht nur die schleswig-holsteinisch-dänischen Staatsgedanken ihres Helden, sondern sie reinigten auch den Jenaer Studenten von jeglicher revolutionärer Gesinnung — und darum bemüht sich ja die gesamte deutsche Lornsenliteratur seit Karl Jansen.<sup>4</sup>

Die Schilderungen der deutschen Zeitungen wollen den Zustand von 1893 als das von und durch Lornsen erstrebte politische Ziel darstellen. Die Verfasser spiegeln in diesen Gedächtnisartikeln in Lornsen ihre eigenen gegenwärtigen nationalen und politischen Vorstellungen: sie bestätigen sich selbst und ihre politische Einstellung, indem sie bei einem Blick in die Vergangenheit aus der großen Menge und Mannigfaltigkeit des Stoffes das auswählen, was ihrer politischen Gegenwartshaltung und ihren politischen Zukunftserwartungen entspricht. Das parteilich bestimmte Geschichtsbild ist für die Erhaltung ihrer Identität, ist für den Bestand ihres Selbstverständnisses als Bürger des preußisch-deutschen Kaiserreichs von existenzieller Bedeutung — wie auch für die politisch-moralische Aufrüstung ihrer Zeitungsleser in diesem preußisch-deutschen Bewußtsein.

#### *„Hejmdals“ Uwe-Jens-Lornsen-Gedächtnisartikel*

Am 18. November 1893 veröffentlichte die in Apenrade erscheinende Zeitung „Hejmdal“ auf der ersten Seite einen großen mit „Uwe Jens Lornsen“ überschriebenen Artikel. In dessen Einleitung wird angemerkt, daß die „Gegner“

an diesem Tage in vielen Ortschaften (des Landes) eines Mannes gedenken, dessen Lebenswerk auch für die dänischen Schleswiger bedenkenswert sei. Lornsens große Bedeutung sieht der Verfasser in Lornsens Erkenntnis, daß der Absolutismus in Dänemark und in Deutschland dem „Geist des Jahrhunderts“ widerstrebt habe. Uwe Jens Lornsen hatte verstanden, daß der Absolutismus der Fürstenherrschaft durch die politische Freiheit des Staatsbürgers abgelöst werden mußte, und er hatte ebenfalls verstanden, daß die Verwirklichung der Volksfreiheit zur Auflösung des deutsch-dänischen Gesamtstaates führen mußte. „Lornsen war wirklich der Repräsentant der großen Gerechtigkeitsidee unseres Jahrhunderts: Jedes Volk soll seine innere und äußere Freiheit genießen.“ Er hatte erkannt, daß man Deutsche und Dänen nicht zu *einem* Volk „*zusammenrühren*“ kann, oder wie er es 1830 ausdrückte: *„Jeder Gedanke an eine Verschmelzung beider unter dem Szepter Sr. Majestät vereinigten Völker werde daher auf gegeben.“*

An drei verschiedenen Stellen des Aufsatzes wird dieser Satz zitiert, und er wird jedesmal durch Sperrung hervorgehoben. Er ist die Losung des Gedächtnisartikels und schließt ihn auch — als Mahnung und Aufforderung an die Gegenwart — ab. Kritisiert wird, daß Lornsens Freiheitsgedanke sich nur auf die Beamten, Gutsbesitzer, Großkaufleute und die Gebildeten bezog und daß dadurch die Kleinbauern, Kleinkaufleute und Arbeiter, die ja ebenfalls Staatsbürger sind, übergangen wurden. Deshalb übersah Lornsen nicht nur deren politische, sondern auch deren nationale Rechte; deshalb gab es für ihn nur ein deutsches Schleswig. Lornsens Ziel war der Staat Schleswig-Holstein in Personalunion mit Dänemark — bekommen haben die Schleswig-Holsteiner dagegen eine preußische Provinz Schleswig-Holstein. Die hat Lornsen nie gewünscht, deswegen ist die Teilnahme der preußischen Beamten an den Lornsenfeiern verfehlt.

Das ist der von H. V. Clausen gelobte Artikel in der von H. P. Hanssen seit dem 1. Oktober 1893 als Herausgeber geleiteten Zeitung „Hejmdal“. Die Tendenz des Artikels tritt klar zutage, sie ist antipreußisch und liberal. Der Verfasser, wahrscheinlich war es der Historiker und Venstrepolitiker, der Schwiegersohn von Gustav Johannsen, Johan Ottosen (1859—1904), ist ein Liberaler, der in Lornsen den gemäßigten Liberalen und Vorkämpfer für politische Freiheit in Schleswig-Holstein und Dänemark anerkennt. Er distanziert sich dagegen vom nationalen Gegner — aber ohne ihn zu diffamieren.

Lornsens Agitation von 1830 gegen die Zentralisierungsbestrebungen der dänischen Monarchie wird in eine Agitation gegen die preußische Zentralisierungspolitik in Nordschleswig umgewandelt.

Den schleswig-holsteinischen Lornsenbewunderern und den preußischen Beamten wird vorgehalten, daß sie überhaupt keinen Grund hätten, Lornsen zu feiern, denn die Freiheit, von der er träumte und für die er kämpfte, gäbe es in Dänemark und nicht in Preußen; die preußische Provinz Schleswig-Holstein sei

nie sein nationalpolitisches Ziel gewesen; aber ebensowenig war es das Schattengebilde eines schleswig-holsteinischen Staates unter den Augustenburgern. Ein Lornsenfest kann deshalb nur ein Totenmahl für die abgestorbenen Hoffnungen sein, für die es nicht einmal eine Wiederauferstehung geben wird, und die Trauer über die unerfüllten Wünsche wird durch keine Zukunftshoffnungen gemildert.

Der Hauptgedanke des „historischen“ Gedächtnisartikels ist ganz auf die politische Situation von 1893 bezogen, er richtet sich eindeutig gegen die preußische Eindeutschungspolitik in Nordschleswig. Die angewandte Methode ist dabei relativ einfach: Lornsens Freiheitsideal und ein wesentlicher Gedanke aus der Schrift von 1830, der 1893 durch die preußische Zwangspolitik wieder aktuell geworden war, wird zur zentralen Botschaft eines Mannes gemacht, der liberaler politischer Parteifreund und nationaler Gegner zugleich gewesen ist. Da Lornsen für die Selbstdeutung und das Selbstverständnis der Liberalen Dänemarks und ihrer Anhänger in Nordschleswig von Bedeutung aber nicht von grundlegender Bedeutung war, konnten sie sein Schicksal und sein Werk aus historischer Distanz kritisch und ohne polemische Schärpen betrachten und schildern. Sie konnten auf jede Polemik verzichten, da ihr liberales Selbstverständnis sich überwiegend auf reichsdänische Traditionen bezog und die daraus abgeleiteten politischen Gegenwartsbezüge deutlich gegen die preußischen Zustände sprachen.

#### *Jens Jessens Lornsen-Artikel*

„Flensburg Avis“, die Auflage dieser Zeitung lag um 1893 bei etwa 4500 Exemplaren, brachte am 18. November 1893 auf der zweiten Seite „überm Strich“ einen Text von zweieinhalb Spalten. Dieser Text setzt oben links, unter Aussparung von zwei Zeilen, ohne Überschrift mit dem Satz ein:

„I Dag, den 18. November 1893, er det hundrede Aar siden Uve Jens Lornsen blev født paa Sild.“

Das Weglassen der Überschrift scheint mir einen Unwillen dem Thema gegenüber anzudeuten. Es mußte aber wegen seiner Aktualität und Bedeutung behandelt werden. Der Name U. J. Lornsen wäre ein Blickfang gewesen, indem man ihn aussparte, konnte der Artikel vielleicht dem Übersehen ausgeliefert werden. Ein einfaches Vergessen für die Ursache der fehlenden Überschrift zu halten, scheint mir bei Jens Jessen berüchtigter Genauigkeit und Strenge nicht angebracht.

Im zweiten Satz des Artikels wird die Bedeutung des von den Schleswig-Holsteinern angekündigten Gedenkfestes und die Anzahl der Lornsenanhänger heruntergespielt. Am 10. und 12. November hatten die „Flensburger Nachrichten“ (gleichzeitig mit den beiden anderen deutschen Zeitungen in Flensburg) bekanntgegeben, daß in allen Städten und in vielen Dörfern des Landes Lornsen-

Feiern abgehalten werden sollten. „Hejmdal“ nahm an, daß man Lornsens in vielen Ortschaften gedenken werde. Jens Jessen reduziert zu „an einigen Orten in den Herzogtümern“ und „sogar“ in Flensburg. Es wird nach seiner Übersetzung nicht „til en fest“, sondern „til et gilde“ eingeladen. Dieses Wort entspricht sicherlich dem von den deutschen Zeitungen benutzten Begriff „gemeinschaftlicher Kommerz“ recht gut, aber das Wort „Gilde“ rückt die Festveranstaltung in eine gefährliche Nähe von „Kneiperei“ und „(Sauf)Gelage“. Das war bestimmt keine unbewußte Wortwahl.

Und dann kommt Jens Jessen bereits auf eines seiner Lieblingsthemen zu sprechen. Er referiert die Kieler „Nord-Ostsee-Zeitung“, die vom „dänischen Joch“ berichtet hatte, das 1830 auf der Bevölkerung der Herzogtümer gelastet hatte. Ohne Übergang geht Jens Jessen mitten im Satz in einen Kommentar über:

*„ — damals war, wie bekannt, die Regierungs- und Verwaltungssprache, ja sogar die Gerichtssprache bis hinauf zur Königsau deutsch, damals war die Kirchen- und Schulsprache im gesamten dänischsprechenden Mittelschleswig deutsch, damals herrschten so freie Verhältnisse, daß die Kieler Universitätsprofessoren vereint mit den vereidigten Beamten und Advokaten ungehindert den Aufruhr vorbereiten konnten, der später in die Tat umgesetzt wurde ...“.*

Der Sinn der Gegenüberstellung der Situation von 1830 mit der nicht geschilderten, aber von allen dänischgesinnten Nordschleswigern bewußt erlebten von 1893 ist deutlich: Unter der dänischen Herrschaft besaßen die deutschen Bürger die Freiheit zur politischen Aktivität gegen den dänischen Staat, sogar die auf den König vereidigten und dadurch zur Erhaltung des Staates verpflichteten Beamten und Advokaten besaßen diese Freiheit — in der Gegenwart dagegen wird jede, auch die berechnete oder nur vom Staatsanwalt vermutete Kritik am preußischen Staat mit harten Gefängnisstrafen geahndet.

Während der dänischen Zeit hatte die deutsche Sprache in den dänischsprachigen Gebieten Nord- und Mittelschleswigs gesetzlich gesicherte Vorrechte genossen. In der Gegenwart waren dagegen der dänischen Sprache durch die Sprachverordnung von 1888, die das Deutsche zur alleinigen Unterrichtssprache erhoben hatte und nur vier wöchentliche dänische Religionsstunden gestattete, alle Daseinsrechte genommen worden, und man hatte eine systematische Eindeutschung Nordschleswigs eingeleitet.

Jens Jessen streicht die damalige Freiheit und Bevorzugung der deutschen Kultur heraus, um so beim Leser das Gegenbild der gegenwärtigen unterdrückten dänischen Kultur Nordschleswigs zu erzeugen.

Nach dieser historisch-politischen Einstimmung kommt er zu seinem eigentlichen „historischen“ Thema, zu „Uve Jens Lornsen“, der mit wenigen, dafür aber um so kräftigeren Strichen gezeichnet wird: Lornsen war als Junge wild, streitsüchtig, selbstherrlich und faul, als Student war er rücksichtslos, hochmütig, zanksüchtig

und unangenehm. Er verhöhnte seine akademischen Lehrer und deutsche Fürsten. Er besaß einen starken Charakter. Lornsen war Revolutionär bis auf die Knochen (en Revolutionsmand i Sind og Skind), der trotz dieser Gesinnung in den Dienst des dänischen Königs trat und im Laufe der Jahre — von eventuellen Leistungen oder Fähigkeiten wird nicht gesprochen — in Kopenhagen bis zum Kanzleirat aufstieg.

*„Im Jahre 1830 wurde er dann des Königs Landvogt auf seiner Geburtsinsel Sylt. Das erste, was er in dieser Stellung unternahm, war, eine Schrift zu verfassen, die später von deutscher Seite als die Grundlage für die Bestrebungen bezeichnet worden ist, die nach und nach zum Aufruhr und zur Zerstörung des [dänischen] Reiches führte.“*

Der Meineid des hohen königlichen Beamten und Aufruhr gegen den angestammten König klingen hier erneut wie die Leitmotive einer geschichtlichen Entwicklung an. Die großen politischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, Liberalismus und Nationalismus, werden auf den miesen, aber starken Charakter eines einzelnen reduziert. Eidbruch und Treulosigkeit haben ein Reich zerstört, in dem die akademische Jugend noch 1815 in Kiel dänische Gesinnung demonstriert hatte. Am Gesinnungswandel der folgenden Jahre hatten die Professoren in Kiel die Schuld; diese, die ebenfalls durch einen Eid an den dänischen Königsherrn gebunden waren und zur Erhaltung des Staates verpflichtet waren, besaßen die dänische Freiheit, staatszersetzende Lehren zu verbreiten.

Jessens rhetorische Frage, der direkte Bezug auf die eigene Gegenwart entwickelt sich ganz logisch aus dem Text: Glaubt jemand, daß es einem dänischgesinnten Professor in Kiel unter der preußischen Freiheit ebenso gut ergehen wird wie einem deutschgesinnten Professor unter dem dänischen Joch? Wird er ungehindert solche Vorlesungen halten können und ungestört in seinem Amt verbleiben? Jeder dänische Leser kannte die Antwort!

Bei der Bewertung der Tat von 1830 beruft Jens Jessen sich vor allem auf zwei konservative holsteinische Zeitungen „Itzehoe Nachrichten“ und „Altonaer Merkur“. Sie schildern Lornsen und seine Freunde als „übelgesinnte Ruhestörer“, die mit „listig berechneten, verlogenen Behauptungen“ arbeiten.

Der Schwarzzeichnung der charakterlosen, eidbrüchigen und staatszersetzenden Schleswig-Holsteiner muß eine Weißzeichnung als steigerndes Kontrastbild entsprechen. Auch diese findet sich in Jessens Darstellung: die treuen Flensburger lassen sich nicht vom Verführer auf den Leim locken; sie wünschen wohl eine freie Verfassung — aber sie möchten keinesfalls mit Kiel Zusammengehen. Ein weiteres Zeugnis flensburg-dänischer Treue verkörpert sich in dem aus Flensburg stammenden, in Kiel Rechtswissenschaft lehrenden Christian Paulsen. Vergangenheitsverherrlichung und Gegenwartskritik sind in diesem Lornsen- Artikel eng miteinander verknüpft, sie steigern sich gegenseitig

in ihrer Wirkung. Dänische Vergangenheit und preußisch-deutsche Gegenwart sind gegeneinandergestellt wie die Plus- und Minuspole eines politischen Spannungsfeldes; dänische Freiheit und deutsche Unterdrückung werden in ständigem Perspektivwechsel, sich gegenseitig kontrastierend, dargestellt.

Eine verbösernde Variante des bisherigen Gehalts und eine direkte Herausforderung des politischen Feindes gelingt Jens Jessen im letzten Viertel seines Artikels.

Er nimmt noch einmal das Motiv der milden und gerechten dänischen Herrschaft auf: Selbst sie konnte Lornsens Auftreten nicht ungerügt hingehen lassen. Er erhielt ein Jahr Festung. Die Strafe saß er „in schonungsvollster Weise“ in Friedrichsort und Rendsburg ab.

Damit ist ein neues Stichwort für ein weiteres Kontrastpaar gegeben. Die „schonungsvollste“ Festungshaft steht im Gegensatz zu der von den Preußen in Schleswig-Holstein gehandhabten Gleichstellung politischer Häftlinge mit gewöhnlichen Verbrechern, Jens Jessen, der gerade seine fünfte Gefängnisstrafe abgesessen hatte, konnte hier aus eigener Erfahrung schöpfen. In seiner kleinen „Flensburger Zeitung“ vom 18. November und in „Flensburg Avis“ vom 19. November diskutiert er die Frage „Was ist Kerker“ und polemisiert gegen das Lornsen-Komitee.

Im Gedenkartikel für Lornsen folgt dort, wo in etwa das Resümee einsetzen sollte, Lornsens ominöse Krankheitsgeschichte. Quantitativ macht sie nicht einmal ein Zehntel des gesamten Textes aus, und Jessen bringt nichts anderes, als was auch seine Quelle, nämlich Thomas Graaes Lornsen-Biographie von 1891, gebracht hatte.<sup>5</sup>

Jessen berichtet, daß Lornsen sich in seiner Jugend durch sexuelle Ausschweifungen eine ekelhafte, unheilbare Krankheit zugezogen habe. Dieses Unglück traf den reifen Mann besonders hart, da er einsehen mußte, daß diese Krankheit die Folge früherer „Verirrungen und Versündigungen“, also selbstverschuldet war. Diese Krankheit war der Hauptanlaß zu seinem Selbstmord.

Schließlich wendet Jens Jessen sich direkt an das „Flensburger Komitee für das Lornsenfest“. Das Komitee hatte in Zeitungsanzeigen Lornsen als den „Begründer der Selbständigkeit Schleswig-Holsteins“ bezeichnet, Jessen ergänzt „als preußische Provinz durch Krieg erobert“ und zitiert dann:

„... *Der Lohn für seine (Lornsens) befreiende Tat war Amtssetzung und Kerker, ein früher Tod in den Fluten des Genfer Sees endete dieses vielversprechende Leben.*“ *Spottend schließt er ab: Der Festausschuß „hatte vermutlich nicht viel Ahnung von dem, worüber er schrieb.“*

Durch ihren Kontext wurde diese Krankheitsgeschichte erst politisch: es wird nirgends gesagt, aber es scheint deutlich zwischen den Zeilen zu stehen:

Lornsens Krankheit und seine politische Verderbtheit haben dieselbe Wurzel, sie entstammen beide der Versündigung gegen die Moralgesetze. Der latente Gehalt der Krankheitsgeschichte bestätigt: Es liegt kein Glück im Abfall vom dänischen König und von Dänemark!

Neben dieser verborgenen politischen Aussage lag hier eine offene Herausforderung vor. Die Zurschaustellung der Krankheit und ihrer Folgen war eine geniale Falle, und „Tante Maaß“<sup>6</sup> stolperte dann auch blindlings in sie hinein. Die „Flensburger Nachrichten“ protestierten am 29. November gegen diese Darstellung und Diffamierung des schleswig-holsteinischen Nationalhelden, den Amtsgerichtsrat J. G. C. Adler am 18. November auf dem Flensburger Lornsenfest zum „Apostel des Evangeliums vom deutschen Reich“ ernannt hatte.<sup>7</sup> Durch diesen Protest gab man Jessen Gelegenheit, in zwei weiteren Artikeln Lornsens Krankheit und damit indirekt auch die moralische Deformation der politischen Gegner vor dem Publikum auszubreiten. Bei seinem letzten Wort zu diesem Thema benutzte er die — sonst von ihm selten angewandte — Methode der Zitatentstellung.

*„Nach eigener Aussage hatte Lornsen sich sein schweres Los durch Verirrungen und Versündigungen während der Jugendzeit seihst zugezogen, und zuletzt endete er durch Selbstmord. Der bekannte Schleswig-Holsteiner Georg Beseler sagt daher ... zu Recht: „So fiel er, ein Opfer seiner eigenen Natur.“*

Georg Beseler hatte keineswegs von seelischen, sexuellen oder politischen Verirrungen und Verfehlungen gesprochen, sondern er hatte hervorgehoben, daß die „Leidenschaft für die höchsten Güter der Menschheit“, daß das Streben nach „Freiheit, Recht und Vaterland“ Lornsens Natur ausgemacht hätten, und diesen Werten hatte er sein Leben geopfert.<sup>8</sup>

Wahrscheinlich hat Jessen das Beseler-Zitat seiner Quelle und nicht der Einleitung der „Unions-Verfassung“ entnommen. Aber auch dann bleibt es eine Entstellung, denn die Quelle benutzte das Zitat im Sinne Beselers. Thomas Graae (1849—1920), er war der Sohn des 1864 aus seinem Amt vertriebenen Pastors der dänischen Gemeinde in Flensburg, hatte in seiner Biographie „Lornsen als redlichen, überzeugungstreuen Mann“ anerkannt und war bestrebt gewesen, „dem ersten Märtyrer Schleswig-Holsteins gerecht zu werden“, wie ihm sein schleswig-holsteinischer Rezensent lobend bestätigt.<sup>9</sup> Graae huldigte in Lornsen dem nationalliberalen Politiker und Verwaltungsfachmann, der sich nicht mit irgendwelchen staatsrechtlichen Überlegungen oder dem Entwurf einer Zukunftsverfassung begnügte, sondern die Staatsfinanzen und die Staatsverwaltung kritisierte und Front machte gegen den absoluten König und die Ritterschaft. Lornsen hielt sich dabei an das Gegenwartsrecht der Nationalität der deutschen Schleswig-Holsteiner. Graae schilderte breit die revolutionär gestimmte, wenig sittenstrenge und äußerst trinkfreudige Jenaer

Burschenherrlichkeit. Er ging kurz auf Lornsens Krankheit ein, da sie dem späteren Politiker Lornsen die Kraft zum konsequenten Handeln nahm, und er kritisierte den historisch-politischen Schriftsteller, der in seiner „Unions-Verfassung“ die mittelalterlichen, verschimmelten und längst ungültig gewordenen „Landesrechte“ ausgrub und dadurch mit seiner eigenen freiheitlichen Vorzeit und Festigkeit brach.

Lornsen hatte den Anstoß zur Verfassungsbewegung in Dänemark gegeben und auch — nach dem Erscheinen der Schrift „Über Volkstümlichkeit und Staatsrecht des Herzogtums Schleswig“ (1832) von Christian Paulsen — das vorher übersehene Recht der dänischen Nordschleswiger erkannt. Lornsen kämpfte und opferte sich für das, was er als Recht und Pflicht ansah.

Aus dieser um Objektivität bemühten und auch heute noch als überwiegend sachlich anzuerkennenden Schrift holte Jens Jessen sich für seinen Artikel vom 30. November 1893 ausgerechnet den am schwächsten fundierten Stoff: die Geschichte über die Ursachen der Krankheit Lornsens. Gerade diesen Geschichten fehlt die innere Logik, da Graae mit nicht schlüssigen Analogien arbeitete. Für Jessen entstand das Problem der Beweiskraft überhaupt nicht. Die Aussage der Krankheitsgeschichte entsprach der durch sein politisches Engagement geprägten Ideologie — und bestätigte sie. Das war die Umkehrung einer Beweisführung: Die Wahrheit einer Geschichte wird von Jens Jessen an ihrer Übereinstimmung mit vorgefaßten Vorstellungen und Urteilen gemessen, und für den Flensburg-Avis-Redakteur stand es fest, daß Lornsens Krankheit von einem immoralischen Lebenswandel herrühren mußte, denn die Unmoral war für ihn ein Wesensmerkmal des Schleswig-Holsteinismus. Aus demselben Grund „mußte“ er auch Graaes positive Schilderung des nationalliberalen Kämpfers gegen Absolutismus und adelige Vorrechte in eine negative vom eidbrüchigen Beamten umwerten.

Unklar war Jessen in seinen Quellenhinweisen. Um die Schilderungen überzeugender zu machen, tat er so, als ob seine Darstellung des jungen Lornsen ausschließlich auf deutscher Literatur beruhte. Das stimmte nur bedingt. Zitatentstellung und mißverständliche Formulierungen sind wahrscheinlich bewußt eingesetzte Mittel; doch geht es uns hier nicht darum, die Methoden der Leserbeeinflussung aufzudecken, sondern wir wollen das in Jens Jessens Lornsen-Artikel verborgene parteiiliche Geschichtsbild erkennen. Ich meine, daß dies jetzt in Ansätzen möglich ist.

Wir haben durch unsere Untersuchung der vier Gedenkartikel wenigstens drei unterschiedlich wertende Darstellungen des Geschichtsverlaufs im 19. Jahrhundert erhalten:

Die deutsch-preußisch-schleswig-holsteinischen Lornsenbewunderer entdeckten im Rückblick auf ihre Vergangenheit einen gewaltigen Fortschritt von fürstlicher

Despotie in Dänemark und Deutschland und von nationaler Zerstückelung zu preußisch-deutscher Freiheit, Einheit und Größe.

Der liberale J(ohan) O(ttosen) schilderte die Träume der Schleswig-Holsteiner von politischer Freiheit und Selbständigkeit, die durch die preußisch-deutsche Lösung wie Seifenblasen zerplatzt sind und eine zukunftslose Leere hinterlassen haben.

Für Jens Jessen ist die Vergangenheit dänischer Freiheit und Rechtsstaatlichkeit durch Meineide und Verrat pflichtvergessener Schleswig-Holsteiner sowie durch den Verfall der Moral in eine Gegenwart preußischer Unfreiheit verkehrt worden. Das ist das Geschichtsbild eines Protestpolitikers, der seine Hauptaufgabe in der Fortführung des Krieges von 1864 mit anderen Mitteln sah.

Da nach seiner Erfahrung mit den Preußen jede, auch die gemäßigte Form preußischer Politik, die Eindeutschung der dänischen Schleswiger und damit ihren Untergang als Dänen bezweckte, war ihm ein Geschichtsbild, das eine strahlend helle dänische Vergangenheit im Gegensatz zu einer finsternen preußischen Gegenwart lieferte, von existentieller Notwendigkeit. Da er kein Liberaler war und in Politik und Geschichte nur in Freund-Feind-Kategorien dachte, vermochte er auch nicht die geistigen Impulse und politischen Energien anzuerkennen, die die Schleswig-Holsteiner unzweifelhaft der dänischen Verfassungsbewegung zugeführt hatten.

Das Ergebnis unserer bisherigen Untersuchung könnte man auf die Formel verkürzen: Jens Jessens Geschichtsbild ist eine Funktion seiner politischen Wünsche. Die Richtigkeit dieser Formel müßte sich ziemlich leicht an einer seiner „Gegenwartsrechtsvorstellungen“ überprüfen lassen. Jens Jessens Haltung zum nordschleswigschen Vorbehalt des Artikels V des Prager Vertrages vom 23. August 1866 müßte diese Formel bestätigen — oder entkräften.

Die sogenannte „Nordschleswig-Klausel“ lautete:

*„Seine Majestät der Kaiser von Österreich überträgt auf seine Majestät den König von Preußen alle seine Rechte auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Maßgabe, (und nun folgt der Vorbehalt): daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen.“*

Schon als die ersten Gerüchte über diesen nordschleswigschen Vorbehalt während der Verhandlungen über den Vorfrieden in Nikolsburg in Nordschleswig und im Königreich Dänemark laut wurden, war die Freude groß. Die dänischen Nordschleswiger sandten sofort eine Dankadresse an den preußischen König, die von 47 Vertretern der Bevölkerungsgruppe überbracht werden sollte ... u.s.w. u.s.f.

Für unseren Zusammenhang ist allein entscheidend, daß dieser „Nordschleswigsche Vorbehalt“ — oder Artikel V, wie er allgemein genannt wird, am 13. April

1878 durch eine Übereinkunft zwischen den beiden Signatarmächten Preußen und Österreich wieder aufgehoben wurde. Das war eine Tatsache, die nach 1879 eigentlich nicht mehr wegzudiskutieren war. Jens Jessen versuchte es trotzdem. Er interpretierte in den „Artikel V“ ein „unaufhebbares“ Gegenwartsrecht hinein. Eine „Aufhebung“ konnte die Rechtsgrundlage der Schleswiger nicht verändern, denn Österreich hatte nur auf das Recht verzichtet, die Erfüllung des Artikels V zu fordern, und dieser Verzicht hinderte Preußen nicht daran, das einmal gegebene Versprechen einzulösen. Die moralischen Verpflichtungen blieben auch nach Österreichs Verzicht, aber auch die „formalen“. Jessen interpretierte in den Vertrag zwischen zwei Parteien die Rechte dritter und vierter, die Rechte Dänemarks und der Schleswiger, hinein. Da Dänemark im Wiener Frieden von 1864 jeder späteren Ordnung in Schleswig-Holstein, also auch der von 1866, zugestimmt hatte und auch über die Abstimmungsklausel unterrichtet worden war, war es in gewisser Weise Partner des Prager Vertrages geworden und hatte damit das Recht gewonnen, die Erfüllung des Artikel V zu fordern. Vor allem aber besaß diese Abstimmungsklausel nach Jessens Interpretation die Qualität eines unaufhebbaren Versprechens des preußischen Staates und des Kaisers, das den dänischen Schleswigern gegeben worden war. Damit hat Jens Jessen einen zweiseitigen Vertrag zwischen Preußen und Österreich umgedeutet in ein internationales, schriftlich fixiertes moralisches Recht der Schleswiger, und er betonte immer wieder, daß sie als einzige Minderheit des preußisch-deutschen Reiches ein so wichtiges Kampfmittel besäßen. Diese Rechtsgrundlage ihres Ringens um Austritt aus dem preußischen Staat machte jede Auslegung ihrer Arbeit als Landesverrat unmöglich und gab ihnen eine gefährliche Waffe in die Hand. Es war nicht ausreichend, Rechte zu haben, sie mußten auch bewiesen werden können, und zwar so klar, daß alle Welt sie ohne große Beweisführung sehen konnte. Nach Jens Jessens Ansicht sägte H. P. Hanssen den Ast ab, auf dem er saß, wenn er das konkrete, schriftlich gegebene eindeutige Recht, wie es im Artikel V enthalten war, gegen allgemeine Prinzipien eines nationalen Selbstbestimmungsrechts austauschen wollte. H. P. Hanssens Anerkennung der Realität, der Erkenntnis, daß der nordschleswigsche Vorbehalt, da er aufgehoben worden war, keine Rechtsgrundlage mehr abgeben konnte, war für Jens Jessen nicht nachvollziehbar — eben weil nicht nur sein Bild von der Vergangenheit, sondern auch das der Gegenwart vorgeformt und letztlich bestimmt wurde durch die Forderungen des Kampfes gegen den preußisch-deutschen Feind, der das dänische Schleswig besetzt hielt.

Ob und wie weit die in dieser ideologiekritischen Skizze vorgelegte Interpretation eines dänisch-schleswigschen Geschichtsbildes haltbar ist, müssen weitere kritische Untersuchungen erweisen. Eine wesentliche und unumgängliche Frage wäre dann auch die nach den Ursachen und Voraussetzungen für die Entstehung

und Ausbildung der politischen Vorstellungen Jens Jessens. Dieses Problem kann hier nur andeutungsweise aufgegriffen werden.

Daß die antipreußische Haltung, die Jessens Geschichtsbild stark geprägt hat, sich bei ihm schon früh entwickelt hatte, beweisen Aufzeichnungen aus den Jünglingsjahren.

Der Sechzehnjährige kommentierte den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71: „Bald wird die Stunde der Erlösung schlagen ... Dänemark kommt sicher bald und rettet uns Sønderjyder aus den Krallen des Adlers.“ Überall stieß er auf „deutsche Lügen“, die „verbreitet werden von denen, die ihr Gewissen an den elenden Heuchler, den schändlichsten Landesfürsten, den verräterischsten König in Berlin verkauft haben.“ Dieser König wagte „öffentlich auszusprechen, daß er den Allmächtigen um Hilfe bei seiner Räuberei und Menschenabschlachtung gebeten habe.“<sup>10</sup>

Die Ursachen für seine antideutsche oder antipreußische Haltung reichen sehr wahrscheinlich weit in Jens Jessens Jugend zurück. Sein Dänentum ist „ererbte“, es ist während der Kindheit im und durch das Elternhaus erworben. Seine antideutsche Einstellung ist die Folge der politischen Ereignisse von 1864 und 1870/71. Und dafür, daß der junge Lehrer Jens Jessen seine Feindschaft gegen Preußen und Deutschland weiterpflegte und weiterentwickelte, haben die Preußen durch ihre Politik in Nordschleswig selbst gesorgt. Sie haben sich selbst diesen kämpferischen Journalisten und Zeitungsherausgeber auf den Hals gehetzt, als sie verhinderten, daß er im Jahre 1882 Rektor der dänischen Realschule in Hadersleben werden konnte. Der in den Journalismus abgedrängte Mittelschullehrer mit [deutschem] Rektorexamen wurde am 1. April 1883 Besitzer einer dänischen Zeitung, die er zu einem scharfen Kampfinstrument gegen den preußischen Eroberer entwickelte. Jessens Tätigkeit brachte den preußischen Behörden in Flensburg sehr viel Verdruß ein, und Jens Jessen, der „Hofhund des dänischen Volkes“<sup>11</sup>, wurde von ihnen immer wieder vor Gericht gezerrt. Innerhalb von knapp zwanzig Jahren handelte er sich dreiundvierzig Monate Gefängnis sowie 1300 Mark Strafe für Pressevergehen ein. Die Urteile wurden mit Beleidigung der Staatsmacht, der sie repräsentierenden Personen oder ihrer Anhänger begründet. Nicht eine einzige Tatsachenerstellung konnte ihm nachgewiesen werden. Zum Teil waren es Bagatellsachen, in denen das Reichsgericht zur Aufhebung der Rechtsverfolgung riet. Das Flensburger Gericht verurteilte ihn trotzdem. Die Erfahrung mit dieser preußischen Justiz, die sich zu einem Mittel der Nationalitätenpolitik und der Staatsräson degradieren ließ, konnte bei Jens Jessen nur jede Mäßigung ersterben lassen, sie konnte nur zu einer Charakterverhärtung und einer Versteifung seiner Kampfhaltung führen. Diese Erfahrungen bestätigten ihm immer wieder die Richtigkeit seines parteilichen Geschichtsbildes.

Literatur über Jens Jessen:

*A(dolph) Svensson*, Redaktør J. Jessen, Flensburg Avis. Bd. 1-3; Skrifter udgivne af Historisk Samfund for Sønderjylland Nr. 16, 1955-60.

Uwe Jens Lornsen:

*Alexander Scharff*, Kiel und Flensburg in der Bewegung des Jahres 1830. In: Geschichte Schleswig-Holsteins, Probelieferung, Neumünster 1954, S. 37-56.

ders., Schleswig-Holstein und die Auflösung des dänischen Gesamtstaates 1830-1864/ 67. In: Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 7, 1. Lieferung, Neumünster 1975.

*Johann Runge*, Uwe Jens Lornsen in Flensburg. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte Bd. 93 (Neumünster 1968) S. 107-146.

*Hans Burkhardt*, Persönlichkeit und Krankheit Uwe Jens Lornsens. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte Bd. 76 (Neumünster 1952) S. 141-157.

- 1 *Harald Jørgensen*, To Ungdomsvenner. H. P. Hanssen H. V. Clausen. En brevvexling. Skrifter udgivne af Historisk Samfund for Sønderjylland Nr. 26, 1962. S. 129- 30, 20. Nov. 1893. — J. Jessens Entlassung aus dem Gefängnis: Flensburg Avis (F1A) 15. Nov. 1893, Dagsnyt.
- 2 *Flensburger Norddeutsche Zeitung* 18. Nov. 1893.
- 3 *Karl Jansen*, Uwe Jens Lornsen. Ein Beitrag zur Geschichte der Wiedergeburt des deutschen Volkes. Kiel 1872. S. 529.
- 4 Vgl. dazu die Quelle der Artikel: Karl Jansen, S. 333ff. Siehe dagegen *Heinrich Leo*, Meine Jugendzeit, Gotha 1880, S. 181ff — *Th(omas) Graae*, Uwe Jens Lornsen. En politisk historisk studie. København 1891, S. 63-70.
- 5 Thomas Graae (sieh. Anm. 4).
- 6 Im September 1866 hatte der Itzehoer *L. P. H. Maaß* die Herausgabe und Redaktion der „*Flensburger Nachrichten*“ übernommen. Nach Maaß' Tod am 9. Juli 1892 betreute sein Mitarbeiter F. Schröder die Zeitung, bis F. Maaß sie 1894 übernahm. — Vgl. *Flensburg, Geschichte einer Grenzstadt*. Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Nr. 17, Flensburg 1966, S. 400.
- 7 *Flensburger Nachrichten* 21. Nov. 1893.
- 8 *Uwe Jens Lornsen*, Die Unions-Verfassung Dänemarks und Schleswig-Holsteins; eine geschichtliche staatsrechtliche und politische Erörterung. Nach des Verfassers Tode herausgegeben von Dr. Georg Beseler. Jena 1841. S. VI/VII. — F1A 30. Nov. 1893 (Dagens Æmner: Uwe Jens Lornsens Sygdom), 5. Nov. 1893 (Dagsnyt: En Haardnakkethed).
- 9 *Bibliothekar Dr. August Wetzel* in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte Bd. 21 (1891) S. 398f.
- 10 Vgl. *Poul Kürstein*, Jens Jessen, Deutschland und die Deutschen. Grenzfriedenshefte 2/1971, S. 85-101, bes. 89f.
- 11 *Flensburg Avis* 11. Nov. 1897.

## Atelier Kleinsolt

### *Der Künstler und Galerist Uwe Michelsen*

In früheren Zeiten hätte die „Alte Schule“ Kleinsolt mit ihrer abgelegenen Verstecktheit der Zurückgezogenheit eines zum Idyllischen neigenden Malers dienen können. Für Uwe Michelsen, Maler und Plastiker, Graphiker und Künstler „am Bau“, bedeutet sie einmal Stille für das Arbeiten und Schaffen im Atelier und zum anderen durch die in der günstigen Jahreszeit häufig ausgenützte Möglichkeit für Ausstellungen eine Stätte der Begegnung von Künstlern mit Gästen aus Stadt und Land sowie mit den Dorfbewohnern.

Wer einmal die Eröffnung einer Ausstellung — mit oder ohne Ansprache, mit oder ohne Popmusik — auf dem intim wirkenden Gelände rund um die dörfliche Schule miterlebt hat, wird sich gern wieder an solch einer unkonventionellen Form der Kommunikation beteiligen. Hinzu kommt als besonders verlockend, daß die Arbeiten der verschiedenen Künstler thematisch oder technisch nicht nur voneinander abweichen, sondern daß die Exponate aus Flensburg und Schleswig-Holstein 1978, aus dem übrigen Deutschland, aus Dänemark und neulich im Mai 1978 (mit Hilfe einer Vermittlung der deutschen Weberinnung) aus Paris den Weg in die dörfliche „Galerie“ finden.

Der Geist dieser angedeuteten Kommunikation liegt wohl in dem zurückhaltenden und unaufdringlichen Wesen des Hausherrn begründet. Vierzig Jahre alt, vertritt er keine Doktrin der Unreife und äußert sich ebenso wenig mit unausgegorener Eiferung für Ausschließlichkeitsansprüche. Mit seinem sachbezogenen Naturell und fachlich bedingten Blick für das Wesentliche in der Vielfalt erwirbt er das Vertrauen der jüngeren und älteren Kollegen. Wer ein Menschenalter lang mit bildenden Künstlern zu tun hatte, weiß, daß so etwas nicht die Norm ist, sondern eine durchaus vereinzelte Kameradschaft darstellt.

Diese Ruhe und Ausgeglichenheit wird verständlich, wenn man sich mit den Räumlichkeiten der „Alten Schule“ bekannt macht: Da sind die wenigen kleinen und trotzdem freundlich hellen Ausstellungsräume, daneben ein Gang, an dessen Wänden und auf dessen Abstufungen Graphiken, Keramiken, Plastiken und kleinere Farbbilder sich wie zufällig dem Blick bieten, und dahinter liegt das umfangreiche Atelier, früher vermutlich das große Klassenzimmer der Dorfschule. Dahinter wiederum beginnen die mit einer Vielfalt von kleinen Kunstwerken ausgestatteten privaten Wohnräume der Familie Michelsen.

Der Vorplatz, früher wohl Schulhof und Spielplatz, ist geschmückt mit Mooreichen,

einem bodenständigen Kunstmaterial, das nur weniger, doch intensiver Bearbeitung durch Michelsens Hand bedurfte, und allen möglichen Plastiken (z. B. rostigem Eisen aus der Ausstellung dreier dänischer Künstler). Tür und Lampen ergänzen den Eindruck von einfallsreicher künstlerischer Arbeit.

Das Atelier verrät viel von dem Planen und den Mühen, die Michelsen bedächtigt und solide auf sich nimmt: Zeichentisch, Staffeleien und Druckapparaturen, Möbel vom Stuhl bis zum Klavier und Ruhebett, Regale mit Dokumentensammlungen, Kunstheften und Büchern, an den Wänden Pastelle, Bleistiftzeichnungen, Ölbilder und überall abgestellt Keramiken und andere Plastiken von eigener Hand.

Wie bei den „Künstlern“ in Antike und Mittelalter, geht das Schaffen Uwe Michelsens ebenfalls vom Handwerklichen aus. Der als Malerlehrling begann, ist in vielen der heute gebräuchlichen Techniken zu Hause. Aber er experimentiert nicht mit ihnen; vielmehr unterziehen seine empfindsamen Hände sie einer Prüfung für ihre jeweilige Eignung, wobei er so lange probiert und geduldig sondiert, verwirft oder anwendet, bis das Wesentliche sich als geeignet für den Vorwurf, das Sujet, die Thematik herausstellt.

Die gewachsene Natur zum Beispiel der Mooreiche liefert nicht etwa nur „das Material“ für seine künstlerische Absicht, sondern bedarf nur der handwerklichen Bearbeitung, um mit ihrer schlichten Würde sich als geeignet zu bestätigen für die Stele auf dem Grabstein des einstigen Kunstfreundes Detlef Boysen in Meldorf.

Ein anderes Beispiel zeigt, wie Michelsen mit der eigenartigen Sand-Öl-Technik Herbeheit und Kühle in seine Bilder bringt, weit entfernt von romantischen Impulsen oder Emotionen, und das ausprobierte Stoffliche aus konformer Kraft her dominieren läßt.

Wie auf solche Weise sich der Handwerker zum Künstler entfaltet und nur durch sein gestaltendes Formen das Sujet zum Kunstwerk wird, erweist er mit einer in letzter Zeit häufig angewandten Technik: seine Blumen und Bäume, auf einigen Bildern als Gegenstücke zu Steinen oder abgestorbenen oder verrotteten Zivilisationsmüllobjekten, sind nicht, wie es oberflächlich den Anschein hat, aquarelliert oder temperagemalt, sondern Bleistift-Buntstift-Zeichnungen. Die unglaubliche Feinarbeit daran gibt ihm die Möglichkeit, die Pflanzen mit Substanz auszustatten, sie also lebendig zu machen. Trotzdem ist in den teilweise auffällig stilisierten Bäumen nichts von Dynamik zu entdecken, sondern sie bleiben statisch, wie es dem Baum zukommt.

Als „Künstler am Bau“ hat sich Michelsen in den vergangenen Jahren oft bewährt und in seinen Aufträgen, für Schulen vorwiegend, künstlich erzeugte Stoffe „geprüft“ und danach den stilistischen Duktus des Werkes am Bau bestimmen lassen. In zwei Beispielen erweist sich gleichzeitig die Eignung, des Künstlers Hang zum Monumentalen gerecht zu werden: In Großenwiehe hat der junge Meister für die Schule einen Brunnen aus Edelstahl und eine farbige

Außenwandplastik aus Beton geschaffen. Bei beiden Werken hat er das spröde Material in die beabsichtigte Form gezwungen und ohne überflüssiges Beiwerk Aufmerksamkeit für ihre unauffällige Schönheit gewonnen. Andere, besonders Sonderschulen im weiten Lande hat er spielerisch und mit kindlichen Bezügen in seinen eigentlich strengen Formen ausgestattet.

Zwischen uriger Mooreiche und Industriestoffen — Welch eine reichhaltige Skala von Einfällen! Was heute als Motivation bezeichnet wird, interessiert daran kaum, viel mehr aber das Schaubare, das Sinnfällige, Und ob das nun archaisch oder modern, ob heimatgebunden oder weltkindlich, ob konventionell oder spektakulär wirkt, scheint eine überflüssige Fragestellung angesichts der Stetigkeit eines organisch bestimmten Weges der Unbeirrbarkeit, ja sogar Gelassenheit und unter dem Eindruck solchen Fleißes und derartiger Zuverlässigkeit.

Gleich, welchen Alters oder Ranges, aufgeschlossene Kunstfreunde finden ideale Möglichkeiten zum Meinungs-austausch, zum Diskutieren, zum internen Gespräch, zum Informieren und schließlich auch zum einsamen Genießen von künstlerischer Arbeit und Schönheit in Uwe Michelsens Atelier „Alte Schule“ vor den Toren der immer zum Austausch bereiten Grenzstadt Flensburg.

### Forschung und modernes Leben in der Grenzregion

Der neueste Zweig der Tätigkeit des Deutschen Grenzvereins, das „Institut für regionale Forschung und Information (IFI)“, fügt sich mit seiner Zielsetzung in die Gesamtentwicklung des Vereins ein. Die modernen gesellschaftspolitischen Lebensumstände, der seit der Mitte der fünfziger Jahre entschlossene Schritt der politisch Verantwortlichen in Dänemark, der Bundesrepublik und Schleswig-Holstein, von der früheren Konfrontation beider Völker zu einer Harmonisierung der Verhältnisse zu kommen, haben es mit sich gebracht, daß die Bedeutung der gegenseitigen Information über die Grenze in bisher nicht gekannter Weise gestiegen ist. Der Dialog mit den beiden Volksgruppen ist nicht politisch schwieriger geworden, im Gegenteil, wohl aber umfangreicher und komplizierter. Allein schon die verschiedenartige einschlägige Gesetzgebung in beiden Ländern bringt hier neue Probleme in die politische Praxis. Hinzu kommt, daß mit dem Verdrängen des Geschichtsbewußtseins als Folge einer übermäßigen, gleichsam egozentrischen Fixierung allein auf die Gegenwart die Einsicht in die gewachsenen Lebensverhältnisse und Lebensbegriffe des eigenen wie des jeweiligen Nachbarvolkes verlorenzugehen droht. Eine solche geistige Versteinerung der Anschauungen anstelle des immer wieder neuen bewußten Überprüfens dessen, was im Verhältnis der beiden Nachbarvölker war, was ist und was morgen sein wird, ist ein gefährlicher Hemmschuh auf dem Weg in ein Europa, in dem sich ein jedes Volk nicht nur ökonomisch wohlfühlen, sondern in dem es sich auch geistig irgendetwie wiederfinden soll.

So besteht auf vielen Gebieten nicht nur eine echte Informationslücke, die geschlossen werden muß, sondern es bedarf auch des wissenschaftlichen, auf die heutige Zeit fortgeschriebenen Aufarbeitens geschichtlichen und aktuellen geistig-politischen Materials. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Vorstand des Deutschen Grenzvereins in seiner Sitzung am 3. März 1978 beschlossen, das „Institut für regionale Forschung und Information (IFI)“ zu gründen. Zu dem Beschluß heißt es u. a.:

1. Der Maßstab für die Lebensverhältnisse im Landesteil Schleswig und für das persönliche Wohlbefinden seiner Bevölkerung kann nicht nur im Vergleich zu den übrigen Gebieten des Landes und der Bundesrepublik, sondern muß auch im Blick auf den Nachbarn Dänemark und insbesondere Nordschleswig gesucht und gesehen werden.
2. Die Probleme des Landesteils Schleswig sind vielfältiger und komplexer Art. Ihre Lösung als Anregung für künftige Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung und der Stadt Flensburg, der Kreise Schleswig-Flensburg und

Nordfriesland und ihrer Städte und Gemeinden erfordert eine ständige wissenschaftliche Analyse und Aufbereitung.

3. Aus diesem Grunde errichtet der Deutsche Grenzverein zum 1. April 1978 das Institut für regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein (FIFI)“. Seine Aufgabe ist es, mit allen für den Landesteil Schleswig maßgeblichen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kräften zusammenzuarbeiten, wobei in der Zusammenarbeit dem jeweiligen Rechtsstatus der betreffenden Einrichtungen Rechnung getragen wird. Kernstück des neuen Instituts wird der Forschungsrat sein, der mit der Bildung des Instituts in dieses voll integriert, wird. Der Forschungsrat, in dem bereits heute die Pädagogische Hochschule Flensburg und die Fachhochschule Flensburg, die Industrie- und Handelskammer und die Handwerkskammer Flensburg, das Landesarchiv, das Stadtarchiv Flensburg und der Flensburger Arbeitskreis für Stadt- und Regionalforschung, das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein und der Bund deutscher Nordschleswiger mit maßgeblichen Persönlichkeiten vertreten sind, hat unter Leitung von Oberstudiendirektor Vaagt in aller Stille wesentliche Vorarbeit geleistet. Weiterhin wird das neue Institut mit der kommunalen deutsch-dänischen Arbeitsgemeinschaft Kontakt aufnehmen und dieser kommunalen Einrichtung mit seinem Rat zur Verfügung stehen. Vor allem aber messen wir der engen Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule in Flensburg eine besondere Bedeutung bei. Mit der vom Kabinett genehmigten Forschungsstelle für regionale Landeskunde an der Pädagogischen Hochschule Flensburg unter Leitung von Herrn Prof. Weigand ist eine Form gefunden worden, die die Selbständigkeit der wissenschaftlichen Arbeit einerseits und die organisatorische Koordinierung und Bündelung andererseits gewährleistet. Herrn Prof. Stenzel, dem Präsidenten der PH Flensburg, und Herrn Prof. Weigand ist der Deutsche Grenzverein zu besonderem Dank verpflichtet.

Der unentbehrlichen Verzahnung mit der Universität in Kiel wird nicht nur durch die Person von Prof. Weigand, der an der Pädagogischen Hochschule in Flensburg und der Universität Kiel tätig ist, sondern auch dadurch Rechnung getragen, daß für den Vorsitz des Kuratoriums, das die Arbeit des Instituts wissenschaftlich anregen und begleiten wird, eine namhafte Persönlichkeit der Universität Kiel gewonnen werden soll.

Im übrigen wird es Aufgabe des Instituts sein, die umfassende Bildungsarbeit des Deutschen Grenzvereins, wie sie sich aus den Anfängen bis heute entwickelt hat, zu vertiefen. Insbesondere soll der weitgestreuten Information auf allen Lebensgebieten beiderseits der Grenze eine besondere Bedeutung zukommen.

4. Das Institut wird durch einen Geschäftsführenden Direktor geleitet; er erfüllt seine Aufgabe gemäß den Satzungsbestimmungen des Deutschen Grenzvereins, den Beschlüssen des Vorstandes und Geschäftsführenden Vorstandes und im

Rahmen der Satzung des Instituts für Regionale Forschung und Information. Für diese Periode des Aufbaues und der Entwicklung hat sich Herr Staatssekretär a. D. Präsident Borzikowsky bereit erklärt, diese Aufgabe zu übernehmen. Seine Erfahrungen im Kultur- und Bildungsbereich und seine langjährigen persönlichen Kenntnisse der Menschen und der Probleme dieses Raumes, insbesondere auch der Westküste, sind für uns von besonderer Bedeutung, und wir sind dankbar, daß er sich dieser Aufgabe zur Verfügung gestellt hat.

5. Die Aufgaben und Arbeitsmethoden sind in einer besonderen Satzung des Instituts festgelegt. Der Aufbau des Instituts wird sich ohne Hektik organisch entwickeln. Für den Aufbau des Instituts ist ein mehrjähriger Zeitplan vorgesehen, der eine gleichmäßige und stabile Entwicklung des Instituts gewährleisten soll. Der Deutsche Grenzverein ist der schleswig-holsteinischen Landesregierung, insbesondere dem Ministerpräsidenten, dem Kultusminister und dem Finanzminister, für die Unterstützung dieses Vorhabens zu besonderem Dank verpflichtet.